

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

8

VI. Jahrgang

Verlagsschiffen, 1. August 1966

Einzelpreis 0,75 DM

2S 21395 E

Obwohl die SPD in Nordrhein-Westfalen einen ihrer besten Wahlsiege errang, haben die CDU und die FDP ihr den Weg zur Regierung verlegt. Mit einer Stimmte Mehrheit — genau wie die erste Wahl Adenauers zum Bundeskanzler — ist Meyers zum Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Damit ist entgegen dem Willen des Wählers die alte CDU/FDP-Koalition wieder zum Zuge gekommen. Der SPD hat es nichts genutzt, daß sie nach ihrem Wahlsieg der CDU politische Konzessionen gemacht hat. Es hat ihr nichts genutzt, daß sie, um die CDU zur großen Koalition zu bewegen, die Deutschlandpolitik der Bonner Regierung, den anmaßenden Alleinvertretungsanspruch, unterstützte und dem provokatorischen Gesetz über das „freie Geleit“ für die Redner der SED zugestimmt hat: die CDU hält die Sozialdemokraten eisern von der Regierungsgewalt fern. An dieser Tatsache ändern auch alle Entrüstungstürme der Sozialdemokraten nichts und der Vorwurf, die Handlungsweise der CDU in Nord-

rhein-Westfalen sei undemokratisch. Wann hätte sich die CDU/CSU in der bundesdeutschen Geschichte jemals etwas daraus gemacht, ungeschriebene Gesetze der Demokratie zu ignorieren, wenn es sich darum handelt, die Macht weiter in der Hand zu behalten. Der Fraktionssprecher der sozialdemokratischen Fraktion im nordrhein-westfälischen Landesparlament, Kühn, hat — ebenso wie Erler für die SPD-Bundestagsfraktion — nunmehr eine harte Opposition angekündigt. Das ist nur zu hoffen, denn damit würde sie

SPD in Nordrhein wurde geprellt

nichts anderes als den Auftrag ihrer Wähler erfüllen. Es kommt aber nicht allein auf die harte Opposition an, an die viele nicht glauben, denn die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß sich die SPD noch nie zu einer konsequenten Opposition aufschwingen konnte. Es gehört dazu auch, eine Alternative zur Politik der CDU/CSU zu entwickeln. Davon ist aber leider bisher nur wenig zu spüren.

Die Monologe der drei SPD-Vorsitzenden vor dem westdeutschen Fernsehen, die der Bevölkerung als Ersatz für die Diskussionen in Karl-Marx-Stadt und Hannover geboten wurden, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD vor allem keine Alternative zur Deutschlandpolitik der Bonner Regierung präsentieren konnte. Zwar hat Herbert Wehner davon gesprochen, man müsse nach Formen des Miteinanderlebens suchen, und gleichzeitig festgestellt, daß keine Seite der anderen ihren Willen aufzwingen könne, aber derartige Erklärungen stehen in einem eklatanten Widerspruch zu dem, was der Parteivorstand der SPD und die Bundestagsfraktion praktiziert. Wer nach Formen des Miteinanderlebens sucht, muß zunächst einmal offiziell von der Existenz des Partners Kenntnis nehmen und auf den Anspruch verzichten, für ihn mitsprechen zu wollen. „Normale Verhältnisse“, wie sie Willy Brandt in der Fernsehrede gefordert hat, wird man nur herstellen können, wenn, um noch einmal ein Wort Brandts zu benutzen, „vernünftige Folgerungen“ aus den politischen Realitäten gezogen werden.

Jetzt bleibt nur die Hoffnung, daß der Parteivorstand der SPD nach diesem neuerlichen Fußtritt durch die CDU in Nordrhein-Westfalen sich endlich von der Politik der Gemeinsamkeiten mit jenen abwendet, denen man jetzt mit Recht undemokratische Haltung vorwirft, um seine Freunde dort zu suchen, wo sie wirklich zu finden wären: in der Arbeiterschaft in den beiden Deutschland. sr

Wahlen in Nordrhein-Westfalen 2

■ Konzentration in der Stahlindustrie 4

Wirtschaftspolitisches Notstandsgesetz 6

Versicherungsbeitrag für Rüstungspolitik 9

■ Rüstungspolitik und Preissteigerung 10

Wirtschaftswunder — nicht für alle 13

■ Leber gegen Godesberg .. 14

■ Wandel in der Klassenstruktur 16

Demagogie

Bei den seit Tagen tobenden Kämpfen der Neger in den USA gegen eine reaktionäre Horde von weißen Rassisten sind in den verschiedenen Städten sieben Menschen getötet und einhundert verletzt worden, zahlreiche darunter sehr schwer. In Cleveland im Bundesstaat Ohio wurde der Ausnahmezustand verhängt, und in zahlreichen Städten ist die Polizei durch Soldaten der Nationalgarde verstärkt worden. Bezeichnend für den Charakter der blutigen Auseinandersetzungen ist die Tatsache, daß bisher nur Farbige getötet wurden.

Die Rassenunruhen in den USA, bei denen es um nichts anderes geht, als daß die farbige Bevölkerung ihre Gleichberechtigung verlangt, sind ein Beispiel für die politische Demagogie der Johnson-Administration. Sie führt in Vietnam, wo sie nichts verloren hat und vom Volk nicht gerufen wurde, einen grausamen Krieg, um angeblich die Freiheit aufrecht zu erhalten, die sie augenscheinlich im eigenen Land für die farbige Bevölkerung nicht zu sichern vermag. okolus

Wahlen in Nordrhein-Westfalen

Wähler erwarten von der SPD harte Opposition Eine Demonstration gegen die CDU-Politik

Die Landtagswahlen im größten Bundesland haben eine Legende zerstört. Zwischen Rhein und Ruhr, wo jeder dritte bundesdeutsche Wähler beheimatet ist, hat die CDU eine Wahlniederlage erlitten, die einer demonstrativen Absage an die politischen Ziele und die Herrschaft dieser Partei gleichkommt.

Eine Legende wurde zerstört, weil jetzt der Beweis vorliegt, daß die CDU keineswegs einen ewigdauernden Erbpachtvertrag mit dem westdeutschen Normalwähler hat, daß die Ergebnisse ihrer Politik in der Stadt, auf dem Lande und vor allem in den industriellen Zentren gleichermaßen auf Ablehnung stößt.

Die Wahlniederlage der CDU kann darum nur als Niederlage ihrer in Bonn und Düsseldorf praktizierten Politik gewertet werden. Und diese Politik hat sich eine solche Quittung redlich verdient.

Die schleichende Inflation löst allorten Unruhe aus; die widersinnige Ausgabenpolitik Bonns ruft immer stärkere Kritik hervor; die augenscheinliche Benachteiligung der großen Masse des Volkes gegenüber den Superreichen wird erkannt; das undemokratische Gehabe Bonns, vor allem die Notstandsgesetze, rufen Besorgnisse hervor; und nicht zuletzt stößt die spannungs- und friedensgefährdende Bonner Politik in der Deutschlandfrage sowie das ständige Verlangen nach Grenzkorrekturen im Osten und Atomwaffen auf immer größere Ablehnung.

Sicherlich spielt die Krise an der Ruhr für die Höhe der CDU-Niederlage eine gewisse Rolle. (Nur in einem einzigen Ruhrwahlkreis, dem Essener Reicheute-Viertel, konnte sie einen Direktkandidaten durchbringen.) Aber das ist auch ganz natürlich, denn gerade an der Ruhr erweist sich die Unfähigkeit der CDU, die wirtschaftlichen, strukturellen und sozialen Probleme zu meistern.

Das Ergebnis des Wählervotums war unmißverständlich: Die CDU schrumpfte auf 42,8 Prozent (1962 = 46,4 Prozent), die SPD erreichte 49,5 Prozent (1962 = 43,3 Prozent), und die FDP erhielt 7,4 Prozent (6. 9.). Aber CDU und FDP ignorieren gemeinsam diesen Wählerwillen, sie haben mit ihrer rechnerischen Mehrheit von 0,7 Prozent der Stimmen eine Koalition gebildet, die den Bestand der Bonner Politik in Bonn und Düsseldorf sichern soll. Damit zeigt die CDU einmal mehr, wie wenig sie sich demokratischen Entscheidungen oder der Selbstbestimmung des Volkes zu unterwerfen gewillt ist. Sie will — koste es, was es wolle — an der Macht bleiben.

Die Erwartungen der Wählermehrheit richten sich nun auf die SPD. Heinz Kühn und seine Verhandlungskommis-

sion haben nicht immer glücklich operiert. Ihr Angebot zu einer großen Koalition mit der CDU und die Zusage, die Bonner Politik über den Bundesrat nicht zu „stören“, haben an der Ruhr Unwillen ausgelöst. Viele Wähler fühlten sich hintergangen, denn sie hatten sich nicht für die SPD entschieden, um durch die Hintertür die CDU am Steuer der Politik zu belassen. Nun, der CDU reichte dieses Zugeständnis nicht: sie wollte die Macht nicht teilen. Das muß der SPD eine Lehre sein. Die Ankündigung von Heinz Kühn, die SPD werde jetzt eine „harte Opposition“ abgeben, darf nicht auf die parlamentarische Praxis beschränkt bleiben. Die SPD-Fraktion, der eine große Zahl aktiver Gewerkschafter angehören, sollte sich auch zum konsequenten Fürsprecher der Arbeitnehmerinteressen an Rhein und Ruhr machen. Der Wählerwille an der Ruhr, der eine politische Umorientierung fordert, muß jetzt mit Nachdruck im Parlament wie auch im außerparlamentarischen Raum vertreten werden.

Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung: Nicht im Verzicht auf die Auseinandersetzung mit der CDU, sondern im offenen Kampf gegen sie, mit einer eigenen sozialdemokratischen Alternative, kann die SPD siegen. Wäre das im ganzen Land noch deutlicher geschehen, hätte die SPD zweifellos die absolute Mehrheit im Landtag errungen.

Und ein weiteres hat diese Wahl gezeigt: Es ist falsch, von der Annahme auszugehen, die SPD könne nur siegen, wenn sie auf klare Auseinandersetzung mit der CDU-Politik verzichte und als „Volkspartei“ von der Interessenvertretung der Arbeitnehmer abücke. Das Gegenteil ist eher richtig. Dort, wo sozialdemokratische Kandidaten sich an die Seite der Gewerkschaften stellten und die direkte Unterstützung links von der SPD stehender Kräfte erhielten, konnte die SPD ihren größten Stimmenzuwachs verzeichnen. So in Bottrop um 14 Prozent und in Solingen um 12,4 Prozent gegenüber dem Landesdurchschnitt von 6,2 Prozent im Vergleich zu 1962.

Keine Anpassung an die CDU — die Weiterführung des Kampfes gegen sie muß jetzt die Parole sein. Die CDU/FDP kann die dringlichen Fragen an der Ruhr nicht lösen, das zeigen die letzten 8 Jahre ihrer Herrschaft.

Darum muß die SPD, gestützt auf die Wählermehrheit und die Kraft der Gewerkschaften, auf eine Änderung der Politik drängen. Das könnte zu einer vorzeitigen Neuwahl führen, in der ohne Zweifel das Schicksal der CDU/FDP-Regierung besiegelt würde.

H. C.

Parteienfinanzierung grundgesetzwidrig

Die staatliche Subventionierung der politischen Parteien verstößt gegen das Grundgesetz. Das hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts festgestellt und damit jede Finanzierung der politischen Parteien aus der Staatskasse für verfassungswidrig erklärt. Auch die Zweckbindung staatlicher Zuwendungen an die Parteien für — wie es so schön heißt — „politische Bildungsarbeit“ kann die Verfassungswidrigkeit nicht beheben. In einem Anfall von Bewußtseinspalpung hat das Verfassungsgericht jedoch die Möglichkeit offen gelassen, den politischen Parteien „die notwendigen Kosten eines angemessenen Wahlkampfes“ aus der Staatskasse finanzieren zu lassen. In diesem Fall aber müssen die Zuwendungen auch den Parteien zufließen, die nicht im Bundestag vertreten sind, weil sie die undemokratische Fünf-Prozent-Klausel nicht überspringen konnten.

Mit dieser Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht besonders die CDU/CSU und die FDP getroffen, die, ohne ausreichend Mitglieder zu haben, bisher von den Geldern der Industrie und von den Staatszuschüssen gelebt haben. Die SPD trifft diese Entscheidung weniger hart, weil sie in der Lage ist, einen wesentlichen Teil ihrer Aufwendungen aus den Mitgliedsbeiträgen zu finanzieren.

Das, was den Steuerzahler bisher am meisten empörte, war die Tatsache, daß die drei Bundestagsparteien die Staatszuschüsse für sich allein bewilligt haben, ohne daß auch die nicht im Bundestag vertretenen Parteien daran beteiligt waren. Das hat das Bundesverfassungsgericht ebenfalls für grundgesetzwidrig erklärt, eine Entscheidung, die man nur begrüßen kann, denn die Subventionierung der Bundestagsparteien allein hatte nicht zuletzt den Effekt, diesen drei Parteien zu einem politischen Monopol zu verhelfen.

Der Dialog und die Wahlen

Bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen hat sich gezeigt, daß die positive Reaktion der Sozialdemokratischen Partei auf die von der SED für eine Diskussion gemachten Vorschläge, die Partei einen gewaltigen Schritt nach vorn gebracht hat. Damit wurde die Legende widerlegt, nur der könne in der Bundesrepublik politische Erfolge haben, der die CDU im Antikommunismus zu übertrumpfen versucht.

Dennoch ist aus dem Redneraustausch nichts geworden. Warum? Das Bonner Gesetz „über die befristete Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit“ mutet den Rednern der SED die grundsätzliche Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit westdeutscher Staatsanwälte zu. So aber konnte kein Gespräch gleichberechtigter Partner zustande kommen.

Die Vorsitzenden der SPD, Brandt, Erler und Wehner, selbst an diesem fragwürdigen Gesetz beteiligt, sind vom Dialog in den Monolog geüffnet, in die Fernsehansprache an unsere „lieben Landsleute im Osten und Westen des geteilten Deutschlands“. Sie bekannten sich alle drei zur Wiedervereinigung, doch keiner antwortete auf die Frage der SED, wie sie sich denn ein wiedervereinigtes Deutschland vorstellen, ob darin die Banken und die Multimillionäre wie Friedrich Flick den Ton angeben sollen oder jene 80 Prozent der Bürger, die als Lohn- und Gehaltsempfänger die übergroße Mehrheit der Bevölkerung darstellen. Aber ist nicht gerade das die entscheidende Frage?

Mit dem Fernsehmonolog vom 14. Juli ist sicherlich der Dialog zwischen den Arbeitern und ihren Parteien östlich und westlich der Werra nicht begraben. Nunmehr wird die entscheidende Frage in allen Arbeiterorganisationen, besonders in den Gewerkschaften, zu diskutieren sein. Das kann nicht ohne Einfluß auf die Haltung des Parteivorstandes der SPD bleiben.

Inzwischen hat sich in Düsseldorf auch herausgestellt, daß die Zustimmung der SPD zu dem vom überholten Antikommunismus diktierten Gesetz über das „freie Geleit“ von der CDU nicht durch die erhoffte Bereitschaft zur großen Koalition honoriert wurde. Die wahren Verbündeten der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik sind eben nicht die Erhard und Dufhues, sondern gerade jene, denen Herbert Wehner immer noch die kalte Schulter zeigt.

Die jüngsten amerikanischen Bombenangriffe auf das Gebiet von Hanoi und den Hafen Haiphong tragen die unmittelbare Gefahr in sich, den Krieg in Vietnam zu einem Weltkonflikt auszuweiten. Die Verurteilung dieses letzten Aktes der Eskalation durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen und die breite Öffentlichkeit unterstreicht die Notwendigkeit, diesen Krieg zu beenden und dem vietnamesischen Volk seine volle nationale Unabhängigkeit zu gewährleisten. So heißt es in einem Aufruf des Weltfriedensrates, der zum 12. Jahrestag der Unterzeichnung des Genfer Abkommens veröffentlicht worden ist:

Der unmenschliche und unmoralische Charakter dieses Krieges, die mörderische Ausrottung der Zivilbevölkerung, die Anwendung von Giftgas und das Foltern von Kriegsgefangenen hat eine weltweite Entrüstung hervorgerufen, und im amerikanischen Volke selbst wächst der Widerstand gegen die Vietnampolitik der Johnson-Administration.

Daß die Bundesregierung zu den wenigen Regierungen in der Welt gehört, die sich offen an die Seite der USA stellen und diesen unmoralischen Krieg mit sogenannten humanitären Hilfsmaßnahmen unterstützen, charakterisiert

die Aggressivität ihrer Politik ebenso wie das Telegramm des Bundespräsidenten anläßlich des amerikanischen Unabhängigkeitstages, mit dem das bundesdeutsche Staatsoberhaupt den USA „als Vorkämpfer der Freiheit gegen die Mächte der Unterdrückung in Südostasien“ wünscht, erfolgreich zu sein.

Damit stehen Bundespräsident und Bundesregierung in einem offenen Widerspruch zur Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik. Eine Umfrage der Wicart-Meinungsforschungsinstitute in Tübingen ergab, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik die Vietnampolitik der USA verurteilt. 48 Prozent sprachen sich direkt gegen die amerikanische Aggression aus, und nur 26 Prozent fanden für den grausamen Krieg Verständnis. In der Arbeiterschaft selbst gab es nur 14 Prozent, die diesen Standpunkt teilen.

Warschauer-Pakt-Staaten gegen Vietnam-Krieg

Die Konferenz der Staaten des Warschauer Paktes haben sich in einer scharfen Resolution gegen den Vietnam-Krieg gewandt. In der Erklärung heißt es, daß die Konferenz die Aggressionsakte der Vereinigten Staaten verurteilt und die USA für alle Folgen, die sich aus der Ausbreitung des Krieges ergeben, verantwortlich macht. Niemand werde sich durch die Erklärungen der amerikanischen Regierung täuschen lassen, sie sei zu Verhandlungen bereit, wenn diese Erklärungen mit der Fortsetzung und Steigerung des Krieges begleitet würden.

Darüber hinaus hat die Konferenz ein europäisches Aktionsprogramm der Öffentlichkeit vorgelegt, in dem es unter anderem heißt: „Die Unterzeichnerländer der Deklaration sind der Meinung, daß die Notwendigkeit dafür herangereift ist, Maßnahmen zur Minderung vor allem der militärischen Spannungen in Europa zu ergreifen. Ein radikales Mittel dazu wäre die gleichzeitige Auflösung der bestehenden Militärbündnisse, und die heutige Lage macht das möglich. Die Regierungen unserer Staaten haben wiederholt darauf hingewiesen, daß, falls der Nordatlantikkpakt seine Gültigkeit verliert, auch der Warschauer Vertrag außer Kraft treten wird und daß ihren Platz ein System der europäischen Sicherheit einnehmen muß.“

Die immer drohender werdende Gefahr eines weltweiten Krieges, provoziert durch die amerikanische Aggression in Vietnam, zwingt aber die Menschen in der Bundesrepublik dazu, entschiedener als bisher Frieden für Vietnam zu fordern. Die Propaganda der regierungstreuen Zeitungen will zwar den Eindruck erwecken, als sei es Nordvietnam und die südvietnamesische Befreiungsfront, die Friedensverhandlungen bisher verhindert hätten. Tatsache aber ist, daß der Friede in Vietnam sofort wiederhergestellt werden könnte, wenn sich die USA mit ihrer Militärmacht aus Vietnam zurückziehen würden. Auf diese Forderung können die Vietnamesen nicht verzichten, denn das Beispiel des von den USA hintertriebenen Genfer Abkommens zeigt, daß eine dauerhafte Befriedung Vietnams nur möglich ist, wenn das Volk frei und allein entscheidet.

Der Krieg in Vietnam ist nicht nur ein Krieg gegen ein kleines Volk, Tausende von Kilometern von Europa entfernt; es ist ein Krieg gegen die friedliebende Menschheit schlechthin. Es ist ein Krieg, der uns alle vernichten kann. Und darum müssen die Proteste gegen das Morden in Vietnam nachdrücklich unterstützt werden, nicht zuletzt von den Gewerkschaften, die es sich selbst zur Aufgabe gemacht haben, für den Frieden ihre ganze Kraft einzusetzen.

Konzentration in der Stahlindustrie

Stahlkontore zur Beherrschung der Montanindustrie

IG Metall fordert Mitbestimmung und öffentliche Kontrolle

Die Stahlindustrie nutzt die Situation. Obwohl es in der Bundesrepublik ein Kartellgesetz gibt und die Montanunion einen kartellmäßigen Zusammenschluß untersagt, haben 31 westdeutsche Stahlwerksfirmen die Bildung eines Stahl-syndikates beschlossen. Formell sollen vier Stahlkontore gebildet werden, und der Antrag dafür ist inzwischen bei der Hohen Behörde in Luxemburg gestellt worden. Schon im vergangenen Jahr war bereits eine beachtliche Konzentration in der Stahlindustrie erfolgt, und die Fusion von Hösch/Dortmund-Hörder Hüttenverein hat sogar zur Errichtung eines internationalen Stahlkonzerns geführt.

Um den Montanunions-Vertrag, der marktbeherrschende Gebilde der Montanindustrie verbietet, zu umgehen, sollen anstelle eines einzigen Stahl-syndikates vier Verkaufskontore gebildet werden, die angeblich untereinander konkurrieren sollen. Für diese Konstruktion gibt es in der Kohlewirtschaft an der Ruhr einen entsprechenden Vergleich: Hier sind es zwei Verkaufsgesellschaften, die zwar auch keine monopolistische Preispolitik betreiben sollten, aber bei beiden sind die Preise für Kohle und Koks bis auf den Pfennig gleich hoch. Auch hier hat die hohe Behörde beide Augen zuge-drückt. Wenn also gesagt wird: Die vier Stahlkontore konkurrieren auf allen Märkten miteinander, kann man nur lächeln.

Die formelle Aufgabe der Kontore ist der Verkauf der Produktion. Die Walzaufräge sollen zu großen Walzlosen zum Zwecke der Rationalisierung zusammengefaßt werden. Gleichzeitig aber werden die Stahlkontore auch die Quoten bestimmen und die Aufträge auf kostengünstige Werke verteilen. Das heißt aber nichts anderes, als daß sie ältere Betriebe, die nicht konkurrenzfähig erscheinen, stilllegen können. Damit wird das Beispiel der Zechenstilllegung auch bei den Stahlwerken praktiziert und gleichzeitig eine Welle von weiteren Fusionen ausgelöst werden.

Ein altes Schlagwort der Großindustrie lautet: „Kartelle sind Kinder der Not.“ Die Stahlindustrie will der Öffentlichkeit glauben machen — so auch Dr. Sohl —, daß sie keine Gewinne mehr erzielen könne und darum weiter rationalisieren müsse, was zweifellos eine Verringerung der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie zur Folge haben wird. Ganz unverblümt schreibt das „Düsseldorfer Handelsblatt“ dazu:

„Die Kontore sollen durch die ihnen zu übertragenden Rationalisierungsaufgaben dazu beitragen, die Arbeitsplätze der Stahlindustrie langfristig zu sichern. Andererseits sind jedoch die vorgesehenen Rationalisierungs- und Spezialisierungsmaßnahmen unvermeidlich mit der Einsparung von Arbeitskräften verbunden.“

Hier also werden Pläne für Entlassungen in der Stahlindustrie angekündigt. Der Rhein-stahl- und der Krupp-Konzern hatten diese Entlassungswelle bereits eingeleitet. Nur durch die spontane Arbeitsniederlegung haben die Stahlwerker vom Bochumer Verein die Zurücknahme der Entlassungspläne erzwungen. Man kann aber fest damit rechnen, daß die Stahlbosse ihre Pläne um höhere Profitabilität ihrer Werke auf Kosten der Belegschaften nicht aufgeben haben.

Die Manager der Stahlindustrie reden und schreiben stets von „Wettbewerbsverzerrungen“ auf dem Stahlmarkt. Sie behaupten, daß in den anderen westeuropäischen Ländern die Stahlindustrie hinsichtlich der Steuer, Zölle usw. Vorteile genießen, die der deutschen Stahlindustrie nicht gewährt werden. Tatsächlich aber wurden im Jahre 1964 in der Bundesrepublik mit 37,3 Millionen Tonnen die höchste Stahlerzeugung innerhalb der Montanunion erzielt. Im vergangenen Jahr wurden 36,7 Millionen Tonnen produziert, und im ersten Halbjahr 1966 erreichte die Stahlproduktion mit 18,31 Millionen Tonnen das Ergebnis des Vorjahres. In einem „Spiegel“-Interview“ erklärte dazu Dr. Sohl:

„Mit 36 Millionen Tonnen haben wir noch eine Kapazitätsausnutzung von

80 Prozent, und das gilt international als eine durchaus normale Auslastung.“ Von einer Krise in der Stahlindustrie oder einer Notsituation kann darum nicht die Rede sein.

Mit Recht macht die IG Metall ihre Zustimmung zu den Verkaufskontoren von der Zusicherung der qualifizierten Mitbestimmung in diesen Institutionen abhängig, und ebenso berechtigt ist ihre Forderung auf öffentliche Kontrolle. Die Gewerkschaften unterstützen zwar jede sinnvolle Rationalisierung und Spezialisierung, die zumeist nur in größeren Produktionseinheiten möglich ist. Zugleich müssen sie aber auch die Gefahren des Konzentrationsprozesses für die Sicherung der Arbeitsplätze, die soziale Sicherheit des einzelnen Arbeitnehmers und die Anfälligkeit für den Machtmißbrauch im Auge behalten.

Angesichts der Erfahrungen, die in Deutschland mit den Vereinigten Stahlwerken gemacht werden mußten, die maßgeblich den Machtantritt des Nationalsozialismus ermöglichten, ist es nicht nur aus sozialen Gründen dringend notwendig, die Mitbestimmung der Gewerkschaften in den „Stahlkontoren“ zu sichern, sondern ebenso sehr aus politischen. Bedenklich am bisherigen Verlauf der Dinge ist, daß die Unternehmer, ohne Abstimmung mit den Gewerkschaftsvertretern, um die Genehmigung ihres Vorhabens bei den Behörden der Montanunion nachsuchten. Nicht einmal die Aufsichtsräte aller Firmen wurden um Zustimmung gebeten, obwohl ohne die Aufsichtsräte eine Verwirklichung der Stahlkontore nicht erfolgen kann.

Die IG Metall hat gegen diese Methoden Protest angemeldet und angekündigt, sie werde sich gegen die Einführung der Stahlkontore stemmen, wenn nicht gleichzeitig die Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften gesichert seien. Eine Konferenz der IG Metall wird in Düsseldorf über die nötigen Maßnahmen beschließen. Dr. Tu.

Höchste Steuerbelastung

in der Bundesrepublik

Die höchste Steuerbelastung in den westlichen Ländern haben nach wie vor die Bundesbürger zu tragen. Das geht aus den Worten des Bundesfinanzministers Dr. Dahlgrün hervor, der vor einiger Zeit erklärte, daß, wenn man die Gesamtbelastung in Beziehung zum Bruttosozialprodukt setzt, die Bundesrepublik mit einer Steuerbelastung von 24 Prozent an der Spitze aller EWG-Länder liegt. In Frankreich und in den Niederlanden lauten diese Kennziffern 23,8 Prozent, in Italien 21,1 Prozent und in Belgien 20,6 Prozent. Auch in den USA ist die Steuerbelastung mit 22,1 Prozent wesentlich ge-

ringer als in der Bundesrepublik, ganz zu schweigen von der Schweiz, wo nur 15,7 Prozent des Sozialproduktes vom Staat abgeschöpft werden.

Nach dem vorläufigen Ansatz im neuen Bundesetat soll jeder einzelne der 55 Millionen Bundesbürger im Durchschnitt 1188 DM im Jahr in die Bundeskasse zahlen. Der Staat rechnet mit einer Steuereinnahme von 65,370 Milliarden DM. Dazu kommt aber noch der Anteil, den der Bundesbürger an Steuern und Abgaben zu leisten hat, die von den Ländern und Gemeinden erhoben werden.

Ersatz für fehlende Energiepolitik

Das Gesetz über die Kohlenverstromung kein Ausweg aus der Kohlenkrise Feierschichten werden nicht „subventioniert“

Auf der Funktionärkonferenz der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie versuchte der Vorsitzende, Walter Arendt, die Erregung der Funktionäre damit zu besänftigen, daß er das damals in Aussicht stehende Gesetz über die „Verstromung von Steinkohle“ als eine grundlegende Maßnahme zur Besserung der Absatzlage für Steinkohle bezeichne. Dieser Optimismus war in keiner Weise berechtigt. Seiner Anlage und seiner Bestimmung nach wird dieses Gesetz ebensowenig eine grundsätzliche Besserung der Kohlenabsatzlage herbeiführen, wie es die bisherigen Regierungsmaßnahmen vermocht haben. Schon das erste Verstromungsgesetz vom 12. August 1965 sollte einen Anreiz für den Mehrverbrauch von Steinkohle verschaffen; daß man innerhalb eines Jahres ein zweites Gesetz brauchte, zeigt schon, wie wenig selbst die Initiatoren diesem Gesetz vertrauen.

Das Gesetz vom August 1965 sieht vor, daß neue Kraftwerke, die sich verpflichten, zehn Jahre lang nur Steinkohle zu verbrauchen, eine Sonderrücklage in der Höhe von 45 Prozent der Baukosten bilden können. Diese Sonderrücklage kann nach zehn Jahren steuerfrei an die Aktionäre ausgeschüttet werden. Um einen solchen Sonderprofit — um etwas anderes handelt es sich nicht — zu erzielen, muß er natürlich erst „verdient“ werden, was doch nur durch einen entsprechenden Preisaufschlag für den gelieferten Strom möglich ist.

Die Kraftwirtschaft selbst hat zu erkennen gegeben, daß nach diesem Gesetz nicht mehr, sondern unter Umständen weniger Kohle verbraucht würde. Denn eine nüchterne Rechnung ergibt, daß es profitabel sein kann, anstelle älterer, aber noch produktiver Kraftwerke neue zu bauen, mit der Möglichkeit, die oben zitierten Sonderrücklagen zu bilden. Aber neue Kraftwerke verbrauchen für die gleiche Stromerzeugung sehr viel weniger Kohle — oft nur die Hälfte! — als die älteren Werke.

Ein Weg zu höherem Steinkohleverbrauch ist also mit diesem Gesetz nicht gefunden worden: sein Ergebnis ist lediglich eine gesetzliche Sicherung eines Extraprofites für die Aktionäre, einmal durch die Bildung der Sonderrücklage und der Einsparung von mindestens 40 Prozent Kapitalertrags- und Einkommenssteuer.

Das zweite Verstromungsgesetz soll nun den Anteil der Kohle an der Energiegewinnung auf 50 Prozent stabilisieren. Um dieses Ziel zu erreichen, soll für den Verbrauch von Steinkohle aus den Montanunionsländern, das heißt aber besonders aus der Bundesrepublik, ein Zuschuß bezahlt werden. Die Höhe dieses Zuschusses wird in jedem einzelnen Fall vom Bundesamt für die gewerbliche Wirtschaft festgesetzt. Er soll die Mehrkosten abgeben, die beim Verbrauch von Kohle anstelle von Heizöl entstehen würden. Steuerliche Vorteile aus dem ersten Verstromungsgesetz werden dabei angerechnet. Die Zahlungen sind für eine

Dauer von zehn Jahren vom Zeitpunkt der Inbetriebnahme 1. Juli 1966 bis 30. Juni 1976 festgelegt, können sich also bis zum Jahre 1981 hinziehen. Der finanzielle Aufwand wird von der Bundesregierung mit 1,5 Milliarden DM angegeben.

Im einzelnen können nach § 1 des Gesetzes subventioniert werden:

1. Kraftwerke, die vor dem 1. Juli 1966 in Betrieb genommen worden sind und eine über die Vergleichszeit 1965 hinausgehende zusätzliche Menge Kohle verbrauchen, für zehn Jahre;
2. die neu errichteten Kraftwerke, die vom 1. Juli 1966 bis 30. Juni 1971 in Betrieb genommen werden und nur Kohle verbrauchen.

Für Kraftwerke, die vor dem 1. Juli 1966 in Betrieb genommen werden, bedarf der Verbrauch von Heizöl jetzt allgemein der Genehmigung. Sie dürfen demnach nicht auf Ölverbrauch umgestellt oder, wenn sie sowohl Kohle als auch Öl verfeuern, darf die Referenzmenge Öl nicht überschritten werden. Ausnahmen sind dabei zulässig, so unter anderem, wenn sich die Kraftwerke die Mehrkosten nicht durch Zuschüsse abgeben lassen. Die gleiche Genehmigungspflicht besteht für die neu eingerichteten Kraftwerke, die in der Zeit vom 1. Juli 1966 bis zum 30. Juni 1971 in Betrieb genommen werden oder in der Zeit leistungssteigernde Erweiterungen vorgenommen haben, für die Dauer von zehn Jahren nach der Inbetriebnahme. Die Genehmigung für den Verbrauch von Heizöl für die neuen Kraftwerke muß aber nach dem Gesetz erteilt werden, wenn das gesamtwirtschaftliche Interesse es erfordert oder der Verbrauch von Kohle wirtschaftlich unzumutbar wäre. Die Genehmigung kann erteilt werden, wenn dadurch das Ziel, nämlich die Erhaltung eines Anteils der Kohle von 50 Prozent an der Stromgewinnung, nicht gefährdet wird. Sie kann ferner „befristet inhaltlich beschränkt erteilt sowie mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden.“

Beim Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft, das die Genehmigungen zu erteilen hat und damit gewissermaßen

eine Aufsichtsfunktion über die Kraftwirtschaft erhält, wird ein Beirat gebildet, der das Bundesamt bei der Durchführung des Gesetzes beraten soll. Es setzt sich zusammen aus drei Vertretern des Bundesrates, drei Vertretern des Bundes der Deutschen Industrie und je einem Vertreter der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke, der Vereinigung Industrieller Kraftwirtschaft, der Wirtschaftsvereinigung Bergbau und des Mineralölwirtschaftsverbandes. Außer den drei Vertretern des Bundesrates besteht dieser Beirat aus sieben Vertretern von Unternehmerverbänden, die die Energiewirtschaft beherrschen. Vertreter der Verbraucher oder der Gewerkschaften — des DGB, der IGBE oder der Gewerkschaft OTV — sind für den Beirat nicht vorgesehen.

Daß mit diesem zweiten Gesetz ein Mehrverbrauch von Steinkohle für die Stromerzeugung ebensowenig gesichert ist wie mit dem Gesetz von 1965, darüber gibt es bei den Fachleuten keinen Zweifel. Zwar sagt die Bundesregierung zur Begründung des zweiten Verstromungsgesetzes, daß den Kraftwerken zwei Millionen Tonnen Kohle pro Jahr zusätzlich zugeführt würden. Aber bis zum Jahre 1971 soll der Kohleverbrauch in den Kraftwerken von 33 Millionen Tonnen im Jahre 1965 auf 42 Millionen Tonnen heraufgebracht werden: Ein solch geringer Mehrverbrauch von Kohle in fünf Jahren sollte auch ohne Subventionen erreicht werden können. Das Gesetz ist darum völlig unbefriedigend. Eine Verbesserung bringt es ebensowenig, wie es die Kohleinfuhr amerikanischer Kohle verhindern könnte. Die Feierschichten im Bergbau werden darum weiter zunehmen, nur die Bergarbeiter werden nicht „subventioniert“. Und von der Zusage, den Bergleuten sollten die Feierschichten bezahlt werden, die der Ministerpräsident Meyers verkündet hat, ist nach der Wahl nichts mehr zu hören.

Eine grundlegende Änderung der Kohlenkrise ist nur möglich durch eine durchgreifende Änderung der Energiepolitik der Bundesregierung. Erforderlich ist ein Gesetz, das die Verwendung von Erdöl für die Verstromung untersagt, um nicht weiter in eine unerträgliche Abhängigkeit der Energieversorgung von ausländischen Erdölkonzernen zu geraten. Zur Zeit ist der Verbrauch von Erdöl zur Energiegewinnung noch relativ gering — für 1966 beträgt er etwa fünf Millionen Tonnen, das sind vergleichbar 7,1 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten —, aber er steigt sprunghaft an, allein 1966 um 43 Prozent, und droht die Kohle auch hier zurückzudrängen.

Für die Kumpel an Rhein und Ruhr bringt das Gesetz kein Ende in der Stilllegungs- und Entlassungswelle. Eine Wende der Energiepolitik der Bundesregierung bedeutet daher auch dieses Gesetz nicht. Es bietet nicht den Kumpels, sondern dem Großkapital ein „Glück auf“.

Alfred Stein

Wirtschaftspolitisches Notstandsgesetz

Fragwürdige Stabilisierungspolitik der Erhard-Regierung

Finanzhoheit der Länder und Gemeinden unter Kuratel

Die Bundesregierung hat ein „Gesetz zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität“ (Konjunkturrahmengesetz) verabschiedet. Sie hält dieses Gesetz für so dringend notwendig, daß sie den Bundestag drängt, es, entgegen allen Gepflogenheiten der urlaubshungrigen Abgeordneten, sogar während der sommerlichen Sitzungspause in Sondersitzungen anzunehmen. Zu dieser überstürzten Eile drängt Bonn, obwohl das Gesetz nicht nur einschneidende Änderungen des Haushaltsrechts, sondern sogar „die weitreichendste Grundgesetzänderung seit Bestehen der Verfassung“ (Frankfurter Rundschau vom 23. 6.) erforderlich macht.

Was ist passiert? Ist etwa eine umfassende Wirtschaftskrise ausgebrochen, oder steht sie unmittelbar bevor? Keineswegs, denn die jüngsten Maßnahmen der Bundesbank galten ja der Drosselung der konjunkturellen Entwicklung. Es liegt also die Vermutung nahe, daß die ganze Hektik um den Gesetzentwurf und ebenso dieser selbst mit der Konjunktur primär überhaupt nichts zu tun haben.

Die wirkliche Ursache, warum die Bundesregierung sich, entgegen den heute noch gültigen Bestimmungen des Grundgesetzes, eine beträchtliche Ausweitung ihrer Eingriffsmöglichkeiten in die Wirtschaft verschaffen will, ist eine ganz andere. Sie wird klar, wenn man sich eines der Kernsätze aus der Regierungserklärung Erhards vom November letzten Jahres erinnert: „Wirtschaftliche Kraft münzt sich um in politische Stärke“, meinte er damals und hob hervor, daß „die starke wirtschaftliche Geltung der deutschen Außenpolitik ein besonders wirksames Instrument in die Hand geben“.

Ganz so, wie dieser Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik damals mit Nachdruck betont wurde, sind die jetzt vorgesehenen Maßnahmen gemeint: es geht der Bundesregierung nicht um konjunkturelle, sondern um politische Ziele. In erster Linie benötigt sie eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, um ihre aggressiven Pläne mit größerem Nachdruck betreiben zu können. Das „Konjunkturrahmengesetz“ dient dazu, die beschleunigte Aufrüstung bei gleichzeitiger Expansion der deutschen Monopole auf dem Weltmarkt zu verkraften.

Mit Hilfe des Konjunkturrahmengesetzes soll ein stets größerer Teil des Sozialprodukts in die Bonner Kasse fließen. Zwar heißt es im Paragraphen 1 des Entwurfs ganz allgemein, „Bund und Länder haben ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen so zu treffen, daß sie zur Wahrung des Geldwertes bei hohem Beschäftigungsstand, außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen“. Aber das entscheidende bei dieser Zielstellung ist eben,

daß sie unter Aufrechterhaltung des Primats der Rüstung verwirklicht werden soll.

Das Gesetz greift tief in die bisherigen Kompetenzen von Ländern und Gemeinden ein. Diese haben künftig ihre Haushalte langfristig zu planen und Investitionsprogramme aufzustellen, die „nach Dringlichkeit gegliedert sind“. Was am dringlichsten ist, wird aber in Bonn bestimmt: nicht mehr die eigenen Bedürfnisse der Länder und Gemeinden genießen in deren Haushalten den Vorrang, sondern die Ziele der Bundesrepublik eine Reduzierung der Regierungspolitik. Das heißt: Wenn künftig die konjunkturelle Lage der Staatsaufgaben erforderlich macht, so sollen nicht mehr nur die Bundesausgaben für das Sozial- oder Bildungswesen verringert, sondern Länder und Gemeinden werden — nach der in Bonn festgelegten „Dringlichkeit“ das gleiche tun müssen. Es ist weiter vorgesehen, in konjunkturell guten Zeiten bereits eine „Konjunkturrücklage“ zu schaffen; die in Bonn festgelegten Prioritäten werden also nicht etwa nur in Krisenzeiten Bedeutung haben. Die Finanzhoheit der Länder und Gemeinden wird darüber hinaus noch dadurch eingeschränkt, daß ihnen künftig die Aufnahme von Krediten und die Ausgabe von Schuldverschreibungen von der Bundesregierung, ohne Zustimmung des Bundesrates, eingeschränkt oder sogar untersagt werden kann.

Das föderalistische Prinzip des westdeutschen Staatsaufbaus und die verfassungsrechtlich festgelegte kommunale Selbstverwaltung wird immer mehr ausgehöhlt. Dieses Gesetz erinnert an bestimmte Maßnahmen vor dem zweiten Weltkrieg. Auch damals gab es für die unteren staatlichen Ebenen Kredit- und Emissionsverbote.

Aber mit dem neuen Gesetz sollen nicht nur Länder und Gemeinden an die Bonner Kette gelegt werden. Auch im privatwirtschaftlichen Bereich will sich die Bundesregierung bedeutende Eingriffsrechte auf dem Gebiet der Kredit- und Abschreibungspolitik verschaffen. Mit solchen Maßnahmen würden vor allem Klein- und Mittel-

betriebe getroffen, die am stärksten auf Fremdkapital angewiesen sind. So wird also die sog. Stabilisierungspolitik der Erhard-Regierung mit den neuen gesetzlichen Regelungen sowohl Länder und Gemeinden wie auch die Klein- und Mittelbetriebe in ihre „Formierte Gesellschaft“ eingliedern. Die Bundesregierung erhält damit das „währungspolitische Notstandsgesetz“, welches die „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“ kürzlich in seiner Ausgabe vom 15. Mai 1966 gefordert hat.

Mitgliederzahlen bei HBV steigen

Trotz weiterhin starker Fluktuation unter den Beschäftigten, besonders im Handel, ist es der Gewerkschaft HBV durch eine intensive Werbung geglückt, die Zahl der Mitglieder im letzten Jahr um 6585 zu steigern. Das entspricht der Zunahme des Mitgliederbestandes um 5,5 Prozent. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft hat beschlossen, diese Werbung durch den Ausbau der Vertrauensleutkörper in den Betrieben, durch Intensivierung der betrieblichen Jugendarbeit und die Durchführung von Klassensprecher-tagungen sowie durch Herausstellung der Vorteile, die Gewerkschaftsmitglieder genießen, weiter voranzutreiben.

Neuer Tarifvertrag der IG Metall

Für die Saarländische Eisen- und Stahlindustrie, die Salzgitter-Hüttenwerke AG und die Ilse der Hütte in Peine hat die IG Metall neue Tarife abgeschlossen. Nach der Metallarbeiterzeitung tritt an der Saar die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich mit dem 1. August 1966 in Kraft.

Die Ecklöhne werden bis zum 31. Mai 1967 von bisher 2,92 DM auf 3,60 DM erhöht. Bei den Gehältern beträgt die Anhebung 5 Prozent. Außerdem wurde eine Absicherung der Löhne und Gehälter bei Umstellungen vereinbart, die dem Abkommen für die Eisen- und Stahlindustrie in NRW entspricht.

Bei den Hüttenwerken in Peine und Salzgitter ist die Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden ab 1. Juli 1966 in Wirkung. Zum Ausgleich werden die Tariflöhne (Ecklöhne) um 5 Prozent erhöht. In Zusatz- und Änderungsverträgen zu den Manteltarifverträgen wurden Abschnitte über Lohn- bzw. Gehaltsgarantien aufgenommen. Werden Arbeitnehmer auf Grund von Strukturveränderungen infolge von Rationalisierung auf geringwertige Arbeitsplätze umgesetzt, so wird ihnen nach Ablauf der Frist für die Änderungskündigungen für 6 Monate ein Verdienst gewährleistet, der 95 Prozent des Bruttoverdienstes vor der eingetretenen Veränderung beträgt.

Nach dem Tarifabschluß

**Kumpel sind mit dem neuen Bergbautarif unzufrieden
Aber keine Vertrauenskrise**

Die große Funktionärkonferenz der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie hatte bekanntlich nach einer leidenschaftlichen Diskussion den Lohnkompromiß im Tarifstreit mit den Bergbauunternehmen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Diese Entscheidung wurde vom Hauptvorstand der IGBE nicht respektiert, vielmehr unterschrieb er das Abkommen; dem Hauptvorstand steht satzungsgemäß die letzte Entscheidung in Tariffragen zu. Diese Entscheidung hat aber bei den Mitgliedern Unruhe ausgelöst, und die Kumpels fragen, welchen Sinn die vom Hauptvorstand gewünschte Stellungnahme der Funktionäre haben soll, wenn er sich nicht ihrem Veto unterwirft.

In den Funktionär- und Mitgliederversammlungen der IGBE wird lebhaft diskutiert, und die vorherrschende Meinung der Mitglieder ist, daß sich der Hauptvorstand taktisch nicht richtig verhalten hat, als er dem Vertragsentwurf schon vor der Entscheidung der Funktionärkonferenz zustimmte. Richtiger wäre es nach Ansicht vieler Mitglieder gewesen, vorerst die Meinung einer Funktionärkonferenz zu hören oder den Entwurf einer erneuten Urabstimmung zu unterbreiten und erst danach zu entscheiden. Das um so mehr, als der Hauptvorstand einen Lohnstreik intensiv vorbereitet hat. Jetzt ist bedauerlicherweise zwischen Mitgliedern und Funktionären und dem Hauptvorstand eine Kluft aufgerissen. Und wenn man auch nicht von einer Vertrauenskrise gegenüber dem Hauptvorstand sprechen kann, ist die augenblickliche Situation dem gewerkschaftlichen Geist nicht förderlich.

Die Hauptangriffspunkte der Mitglieder gegen den neuen Tarifvertrag sind einmal die zu gering bemessene Lohnerhöhung von vier Prozent; dann das enttäuschende Arbeitszeitabkommen, das bis Ende 1968 nur sechs der elf Schichten in Fortfall bringen läßt — jener Schichten, die die Bergleute als einzige Berufsgruppe in der Bundesrepublik für die auf Wochentage fallenden Feiertage nacharbeiten müssen —, und endlich die zu lange Laufzeit des Gesamtvertrages.

Die Forderungen der Bergarbeiter waren alles andere als maßlos, sie waren sehr bescheiden. Die Enttäuschung der Kumpels ist daher allgemein. Das mußte auch der Bundeskanzler Erhard erfahren, als er im Wahlkampf auf dem Marktplatz in Gelsenkirchen-Buer und in anderen Ruhrstädten die Proteste der empörten Bergarbeiter zu hören bekam. Mit Recht hat die CDU sich bei den Landtagswahlen in den Bergarbeiterstädten eine schwere Niederlage geholt.

Die Befürchtungen vieler Funktionäre, daß eine größere Anzahl von Mitgliedern aus Enttäuschung über den neuen

Tarifvertrag der Gewerkschaft den Rücken kehren würde, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. Das ist aber nicht zuletzt auch ihr Verdienst, denn schon auf der Funktionärkonferenz in Bochum haben Diskussionsredner an die Bergarbeiter appelliert, die Organisation auf keinen Fall zu schwächen, wie auch die Entscheidung ausfallen möge.

In der „Einheit“, dem Organ des IGBE vom 15. Juli, wurde in einem Artikel behauptet, die illegale KPD habe in Briefen zahlreiche Funktionäre aufgefordert, die Abhaltung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages zu verlangen. Wie weit diese Meldung auf Tatsachen beruht, ist nur schwer

festzustellen. Fest steht allerdings, daß der Zweite Vorsitzende des IGBE, Vetter, selbst nach der Abstimmung auf der Funktionärkonferenz in Bochum die Möglichkeit eines außerordentlichen Gewerkschaftstages angedeutet hat.

Die Zukunft des Bergbaues steht mit immer größerer Dringlichkeit auf der Tagesordnung. Die neue Welle der Stilllegungen beunruhigt die Bergleute sehr, und die Feierschichten nehmen einen immer größeren Umfang an, während die Bezahlung, trotz aller Versprechungen der Regierung, keineswegs gesichert ist. Die Bergleute fürchten auch, daß nach dem 1. September die Lage sich weiter verschlechtert. Es wäre darum nicht falsch, wenn über einen außerordentlichen Gewerkschaftstag die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen mit den Existenzfragen des Bergarbeiters konfrontiert würde. Gleichzeitig könnte er manche Frage bereinigen und neue Ausgangspunkte für eine gedeihliche Arbeit finden. Gewiß wird es auch Argumente gegen die Abhaltung eines Gewerkschaftstages geben; man müßte die verschiedenen Gesichtspunkte gegeneinander abwägen. A. S.

Neues Abkommen der IG Chemie

Die Bezirksleitung Nordmark der IG Chemie-Papier-Keramik hat in ihrem Tarifgebiet für die Pflanzenölindustrie ein Rationalisierungsabkommen abgeschlossen. Vom 1. Juli 1966 ab sichert dieser Vertrag die Rechte der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer bei Umsetzung von Arbeitskräften innerhalb eines Betriebes und bei Entlassungen infolge Änderung der Produktions- und Arbeitstechnik durch Maschineneinsatz, Mechanisierung oder Automation sowie bei Stilllegungen von Betriebsabteilungen als Folge von Rationalisierungsmaßnahmen. Das Abkommen legt den Betriebsleitungen die Verpflichtung auf, „den Betriebsrat rechtzeitig von den geplanten Maßnahmen zu unterrichten und die Einzelheiten der Auswirkungen für die betroffenen Arbeitnehmer mit dem Betriebsrat zu beraten“.

Weiter wird in dem Abkommen festgelegt, daß bei Umsetzung auf einen niedriger eingestuftten Arbeitsplatz innerhalb einer drei- bis siebenmonatigen Frist, je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit, der bisherige Durchschnittsverdienst weiterbezahlt werden muß. Nach einer Betriebszugehörigkeit von 25 Jahren und nach Vollendung des 55. Lebensjahres wird im Falle der Umsetzung der bisherige Durchschnittsverdienst fortgezahlt.

Die Arbeitnehmer, die zehn Jahre dem Betrieb angehören und das 40. Lebensjahr vollendet haben, erhalten bei Kündigung im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen zwei bis acht Monate einkommen als Übergangshilfe. Nach 25 Jahren Betriebszugehörigkeit und Vollendung des 60. Lebensjahres soll eine Kündigung aus gleichen Gründen nicht mehr erfolgen.

Rationalisierung und Automation machen es immer notwendiger, Tarifverträge abzuschließen, die wenigstens ein Mindestmaß sozialer Sicherheit für die Arbeiter und Angestellten beinhalten. Es sollten keine Tarifverhandlungen mehr stattfinden, ohne daß diese für die Existenz der Arbeitnehmer so wichtige Frage eine Regelung erfährt.

40-Stunden-Woche im Vormarsch

Die wöchentliche Arbeitszeit in der eisenschaffenden Industrie des Saarlandes wird bei vollem Lohnausgleich auf 40 Stunden verkürzt. Das sieht ein neuer Tarifvertrag vor, der nach zehnstündigen Verhandlungen in Saarbrücken für die 45 000 Angestellten und Arbeiter dieses Industriezweiges abgeschlossen wurde. Das neue Abkommen kann erstmals zum 31. Mai 1967 gekündigt werden.

Anträge mit politischer Brisanz

Zum 7. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie ...

Vom 4. bis 10. 9. 1966 führt die IG Chemie-Papier-Keramik ihren 7. Gewerkschaftstag in Dortmund durch. 336 Delegierte werden dort namens der 542 000 Mitglieder der umfassenden Gewerkschaft die Richtlinien der Arbeit für die nächsten drei Jahre festlegen und den Hauptvorstand in seinem Amt bestätigen. Nur der 2. Vorsitzende, Hermann Härtel, wird aus Altersgründen nicht wieder kandidieren. Dem Vernehmen nach soll dann das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes Karl Haenschel dessen Funktion als 2. Vorsitzender übernehmen, während das jetzt für die Bildungs- und Jugendarbeit zuständige Vorstandsmitglied, Werner Vitt, die Abteilung Betriebsräte und Rechtswesen leiten soll.

Im Mittelpunkt dieses Gewerkschaftstages wird aber die Debatte und Beschlussfassung über den künftigen gewerkschaftlichen Kurs stehen, zu dem jetzt 319 ordentliche Anträge vorliegen. Sie beschäftigen sich vor allem mit Fragen der Friedenssicherung, der Notstandsgesetze, einer neuen Ost-Politik, der erweiterten Mitbestimmung, der Sozial- und Tarifpolitik sowie mit Satzungsfragen.

Dabei werden u. a. folgende Forderungen erhoben:

Der Jugend-Hauptausschuß verlangt, „die militärische Aggression der USA in Vietnam“ zu verurteilen. Er tritt für die sofortige Einstellung der Bombenabwürfe auf Nordvietnam, Verhandlungen auf der Grundlage des Genfer Abkommens zwischen allen Beteiligten zur Beendigung des Krieges und den Abzug der US-Truppen aus Vietnam ein. Offensichtlich aus der gleichen Überlegung appelliert der Hauptvorstand an die Politiker, „auf die militärische Gewaltanwendung als Mittel der Politik zu verzichten“.

Andere Anträge wenden sich gegen die Bestrebungen der Bundesregierung, Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erhalten, fordern als ersten Schritt zur Entspannung eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, begrüßen den Ostermarsch und regen die Durchführung örtlicher Veranstaltungen zum Antikriegstag am 1. September an.

Alle 26 zum Thema Notstandsgesetze vorliegenden Anträge wenden sich klar gegen die Zielsetzung der Bundesregierung. Sie treten für die Einstellung der Geheimberatungen über diese Gesetze und für die Durchführung großer Aufklärungs- und Protestaktionen der Gewerkschaften ein sowie für eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Hochschullehrern. Die Gewerkschaften, die den Berliner DGB-Beschlüssen nicht zugestimmt haben, werden um Loyalität gegenüber diesem Mehrheitsbeschuß angehalten.

19 Anträge widmen sich der Deutschland- und Ostpolitik. Sie sprechen sich für stärkere Initiativen zur Überwindung der Spaltung aus, regen, wie der Bezirk Hessen, Gespräche und Delegationsaustausch mit dem FDGB an,

um „zu einer besseren Verständigung beider Teile Deutschlands beizutragen“, und fordern auch vom DGB, seinen Einfluß als Sprecher der Arbeitnehmer gegenüber den Parteien zur Geltung zu bringen.

Ein Antrag fordert angesichts der wachsenden Machtkonzentration in der Wirtschaft eine verstärkte Zusammenarbeit aller EWG-Gewerkschaften, wobei offensichtlich auch an die sozialistisch-kommunistischen Gewerkschaften Italiens und Frankreichs gedacht ist.

Interessant sind auch jene beiden Anträge, die einer Korrektur der gewerkschaftlichen Haltung zu den politischen Parteien das Wort reden. Der Hauptvorstand ermuntert die Mitglieder,

... und dem Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz in München

Die Delegierten der Gewerkschaft Holz versammeln sich in München zu ihrem 7. ordentlichen Gewerkschaftstag. Ihm liegen aus der Mitgliedschaft 129 Anträge, davon 21 zu aktuellen politischen Problemen, vor.

So kritisiert z. B. die Verwaltungsstelle Kassel die Bundesregierung, die es bisher nicht vermocht hat, „auch nur Ansätze einer realistischen Wiedervereinigungspolitik aufzuzeigen“. Die Gewerkschaften werden daher aufgefordert, gestützt auf das Wiedervereinigungsprogramm des DGB, neue Initiativen in der Deutschlandpolitik zu fördern und zu prüfen, ob direkte Verbindungen zu den Arbeitnehmern der DDR hergestellt werden können. Ein Antrag der Verwaltungsstelle Unna verlangt diese ausdrücklich.

Die Holz-Gewerkschafter beziehen nach wie vor eine konsequent ablehnende Haltung zu den Notstandsgesetzen. Sie verlangen vom DGB und ihrem Hauptvorstand, „aktiver gegen die Pläne der Bundesregierung (zu) protestieren, die darauf gerichtet sind, durch die Verabschiedung einer Notstandsverfassung unsere demokratische Grundordnung außer Kraft zu setzen“.

Sie fordern weiterhin ein Verbot der NPD, eine Reform des politischen Strafrechts, die Durchführung von gewerkschaftlichen Antikriegsveranstaltungen und Informationsreisen in die Ostblockländer.

aktiv in den Parteien mitzuwirken, um „auf deren Programme und praktische Entscheidungen Einfluß zu nehmen“, natürlich im gewerkschaftlichen Sinne, während der Bezirk Hessen die Ansicht vertritt, die DGB-Gewerkschaften müßten „stärker als bisher eigene politische Positionen beziehen“, ohne Rücksicht darauf, ob das den Parteien „ins Konzept paßt oder nicht“.

In den 34 Anträgen zur Mitbestimmung wird zwar die Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung auf alle Großbetriebe, die Reform des BVG und die Schaffung überbetrieblicher Mitbestimmungsgremien verlangt, von einer „Arbeitnehmerversammlung in den Großbetrieben“, wie sie noch vor einem Jahr gefordert wurde, ist aber leider keine Rede mehr.

Die Anträge zu den anderen Sachgebieten entsprechen in etwa den auf dem DGB-Kongreß behandelten Forderungen, darum möchten wir an dieser Stelle auf ihre ausführliche Wiedergabe verzichten.

Insgesamt gesehen kann man jedoch aufgrund der vorliegenden Anträge an den 7. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie die Prognose wagen, daß dieser Kongreß auf der Grundlage der DGB-Beschlüsse eine Aktivierung der politischen Haltung der Gewerkschaft mit sich bringen wird. Solche Impulse werden aber dann auch im DGB nicht ohne Echo bleiben.

Ein Antrag des Bezirks Nordrhein-Westfalen verurteilt die inflationäre Politik der Bundesregierung. Er verlangt eine Einschränkung der Ausgaben, „vor allem Einsparungen am Rüstungshaushalt“, und die Herabsetzung der Wehrpflicht auf 12 Monate. Weiterhin wird eine stärkere Besteuerung der hohen Einkommen gefordert. Die Anträge zur Mitbestimmung verlangen neben den bekannten Erweiterungsforderungen auch eine Mitbestimmung im Bereich der Handwerkskammern.

Der Großteil der vorgelegten Anträge (67 an der Zahl) befaßt sich mit Organisations-, Kassen- und Unterstützungsangelegenheiten

H. C.

Druck und Papier kündigt Tarifvertrag

Die IG Druck und Papier hat für die rund 200 000 gewerblichen Arbeitnehmer des graphischen Gewerbes den Lohntarifvertrag zum 31. August 1966 gekündigt. Die Große Tarifkommission hat in einer Sitzung die Forderung formuliert, und zwar wird die Erhöhung des tariflichen Wochenecklohnes des Facharbeiters um 8,5 Prozent sowie Veränderungen im Lohngefüge der Gehilfen gefordert.

Vermögen der Sozialversicherung soll für Rüstung verpulvert werden Entschlossene Abwehr gegen sozialen Abbau notwendig

Seit der Bundestagswahl im Herbst 1965 verfolgt die CDU/CSU-FDP-Koalition in Bonn nur noch eine Richtung in der Sozialpolitik: Abbau der sozialen Rechte und Leistungen sowie Einsparungen im Sozialetat. Das begann in der seit 1945 massivsten Form mit umfangreichen Streichungen durch das Haushaltssicherungsgesetz. Zwei weitere Maßnahmen des sozialen Abbaus bzw. der erhöhten sozialen Belastung für Arbeiter und Angestellte sind für die Bonner Koalition bereits beschlossene Sache:

Erstens soll mit dem „Stabilisierungsgesetz“ die Bundesbank die Vollmacht erhalten, den Trägern der Rentenversicherung vorzuschreiben, wie sie einen Teil ihrer Reserven (bis zu 60 Prozent ihrer durchschnittlichen Monatsausgabe) und der Arbeitslosenversicherung, wie sie bis zu einem Drittel ihrer Rücklagen anzulegen haben. Es heißt dazu, daß diese Gelder für die Gemeinschaftsaufgaben, den Bau von Krankenhäusern usw., verwendet werden sollen. Natürlich hat niemand etwas gegen den Bau von Krankenhäusern. Im Gegenteil, es werden bis jetzt viel zu wenig gebaut. Aber dafür das Geld bereitzustellen ist Aufgabe des Staates, nicht der Sozialversicherung! Praktisch will die Bundesregierung mit der Heranziehung der Versicherungsgelder für staatliche Aufgaben den Bundeshaushalt entlasten, um noch mehr Milliarden für die gänzlich verfehlte Bonner Rüstungs- und Notstandspolitik verwirtschaften zu können,

Allein 2 Milliarden DM hat von Hasel für das nächste Jahr mehr gefordert. Schon in den drei Jahren 1964/66 hat der Bund der Rentenversicherung 2 Milliarden DM als Schuldverschreibungen zwangsweise auferlegt. Im nächsten Jahr soll die Rentenversicherung erneut 1 Milliarde DM Schuldverschreibungen an Stelle von Bargeld erhalten. Bonn folgt auch hier den Fußstapfen des wilhelminischen und des Hitlerreiches, die das aus den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten angesammelte Vermögen der Sozialversicherung in Rüstung und Krieg verpulverten.

Zweitens sollen nach einem von der Bundesregierung gleichfalls beschlossenen Gesetzentwurf die Beiträge zur Rentenversicherung ab 1. Januar 1968 von 14 auf 15 Prozent und ab 1. Januar 1970 auf 16 Prozent erhöht werden. Diese Beitragserhöhung soll erfolgen, obwohl bei der Rentenversicherung auch für dieses Jahr wieder mit einem Überschuß von 1,5 Milliarden gerechnet und sich deren Vermögen damit auf 27,6 Milliarden DM erhöhen wird. Schon bei der Rentenreform 1957 wurde der Beitragssatz von 11 auf 14 Prozent erhöht.

Begründet wird die geplante Beitrags-erhöhung mit dem sich in den nächsten Jahren verschlechternden Verhältnis zwischen der Zahl der Versicherten und der Rentenbezieher. Das aber

ist vor allem eine Folge der beiden Weltkriege. Es wäre also Aufgabe des Staates, die dadurch entstehenden Mehraufwendungen durch erhöhte Bundeszuschüsse auszugleichen! Aber abgesehen davon, daß die Rentenversicherung nur einen Teil der Bundeszuschüsse tatsächlich erhalten, den anderen Teil nur als Schuldverschreibungen, ist der Anteil dieser Bundeszuschüsse an den Gesamtausgaben der Rentenversicherung von 1957 bis 1965 von 31,5 Prozent auf 25,5 Prozent zurückgegangen.

Der 7. DGB-Kongreß hat die beabsichtigte Beitragserhöhung mit Recht als eine Sondersteuer zu Lasten der Arbeitnehmer bezeichnet und abgelehnt. Er protestierte nicht nur gegen jede Kürzung der Bundeszuschüsse, sondern verlangte, daß die Renten in verstärktem Umfang aus Steuermitteln finanziert werden. Der Bund soll verpflichtet werden, ein Drittel der Gesamtausgaben der Rentenversicherung zu finanzieren. Zugleich verlangte der Kongreß einen Ausbau der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, deren finanzielle Grundlage mit dem „Stabilisierungsgesetz“ unterhöhlt und eingeschränkt wurde.

Der 7. DGB-Kongreß, der die Fortführung einer umfassenden Sozialreform forderte, hat dazu für die Rentenversicherung einige konkrete Maßnahmen beschlossen: Einbeziehung aller Angestellten in den Versicherungsschutz, Verbesserung des Rentenniveaus durch stärkere Anpassung der Rentenbemessungsgrundlage an die tatsächliche Höhe der Löhne und Gehälter, Schaffung einer Art Mindestrente, Gewährung des Altersruhegeldes ab 60. Lebensjahres an Frauen ohne jegliche Einschränkung. Auch jeder männliche Versicherte soll berechtigt sein, das Altersruhegeld ab 60. Lebensjahr zu beantragen.

Die Entschlossenheit Bonns, den Sozial- zugunsten des Rüstungsetats zu kürzen, über die Gelder der Sozialversicherung ohne Rücksicht auf die Belange der Versicherten und Rentner zu verfügen und die Rentenversicherungsbeiträge zu erhöhen, lassen keinen Zweifel daran, daß die sozialen und konstruktiven Forderungen des DGB nur verwirklicht werden, wenn mit der ganzen Kraft der Gewerkschaften der Kampf darum geführt wird und die unsocialen Bonner Pläne durchkreuzt werden.

Arthur Böpple

In der Mitbestimmungsfrage gibt es für die Unternehmer keinen Kompromiß, das wurde erneut klar auf einer Pressekonferenz, auf der der Vizepräsident der Bundesvereinigung, Dr. Schleyer, Direktor im Flick-Konzern, „demoskopisch“ Stimmung gegen die Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften machte. Anlaß der Pressekonferenz war die Bekanntgabe von Ergebnissen einer Untersuchung des EMNID-Institutes über die Meinung der Arbeiter und Angestellten zur Mitbestimmung. Rund 2000 ausgewählte Arbeiter und Angestellte aus 200 Großbetrieben im Ruhrgebiet war ein Fragebogen vorgelegt worden mit 76 Hauptfragen und eine vielfach größere Zahl von Unterfragen.

In der Einleitung des Berichtes teilte der Leiter der Untersuchung, Dr. Graf von Blücher, mit, daß die Aufgabenstellung durch den Auftraggeber, die Unternehmerverbände also, gegeben sei, der auch Wege zu ihrer Lösung erschlossen hätte. Diese Feststellung macht deutlich, daß es sich um eine Zweckuntersuchung handelt, um die ablehnende Haltung der Unternehmer zu den Mitbestimmungsforderungen gegenüber ihren Arbeitern und Angestellten zu rechtfertigen. Angeblich hat die Umfrage ergeben, daß sich die Arbeiter und Angestellten in erster Linie für Lohnfragen, Sozialeinrichtungen, Sicherheitsbestimmungen und für den Erhalt ihres Arbeitsplatzes interessierten. Das ist gar nicht verwunderlich, denn diese Dinge rühren an ihre Existenz. Aber aus einer Antwort des Grafen von Blücher auf die Anfrage von Journalisten, ob die Arbeiter und Angestellten nach ihrer Meinung über die Ausweitung der Mitbestimmung gefragt worden seien, geht der Sinn dieser Unternehmeruntersuchung klar hervor. Blücher sagte nämlich: „Eine solche Fragestellung lag gar nicht im Sinn der Untersuchung.“ Die Ausdehnung des Mitbestimmungsrechtes ist für uns darum auch kein Thema für Verhandlungen mit dem DGB, folgte daraus der Vertreter der Unternehmer.

Stahl-Überkapazität

Die Rohstahlkapazitäten der Welt, die vor Ausbruch des ersten Weltkrieges erst 80 Mill. t betragen hatten, stiegen bis 1939 auf 150 Mill. t. Bis 1950 wurde eine Verdoppelung auf 300 Mill. t erzielt und bis 1965 eine Ausweitung auf fast 530 Mill. t. — Soweit aus den vorliegenden Investitionsplänen zu schließen ist, dürfte die Rohstahlkapazität der Welt bis 1970 weiter auf 700 Mill. Tonnen zunehmen. Die Deutsche Bank schätzt, daß gegenwärtig ein Kapazitätsüberhang von 75 Mill. t vorhanden ist, der bis 1970 auf 130 Mill. t steigen werde.

Rüstungspolitik und Preissteigerung

Rüstung, Rüstungsproduktion und Rüstungskäufe zerstören die Währung

Mit Beginn der Wiederaufrüstung Westdeutschlands wurden und werden der westdeutschen Wirtschaft mehr und mehr hochproduktive Arbeitskräfte entzogen. Schon im Jahre 1963, so schätzt die Zeitschrift „Wehr und Wirtschaft“ 7/63, Grüner Dienst, Seite 1, waren 750 000 Menschen mittelbar oder unmittelbar im Dienst des militärischen Apparates der Bundeswehr. Heute — drei Jahre später — werden es schon eine Million sein. —

Vergleichende Studien mit anderen westeuropäischen Ländern lassen die Verfasser des Buches „Imperialismus heute“ zu dem Schluß kommen, daß rund 8—10 Prozent der Industriekapazität und rund 25—30 Prozent aller Beschäftigten in der Rüstungsproduktion der Bundesrepublik eingespannt sind.

Erich Welter, Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, schreibt zum Umfang der Rüstungsproduktion: „Die Ausrüstung moderner Streitkräfte erfordert Lieferungen von so vielfältiger Art, daß davon beinahe alle Zweige der Wirtschaft erfaßt werden. Das gilt nicht nur für handelsübliche Waren und sogenanntes weiches Gerät, sondern auch für hartes Gerät und Waffen aller Art. Nur der Laie glaubt noch, einen scharfen Trennungsstrich zwischen ziviler und militärischer Fertigung ziehen zu können. Sein Blick haftet an der Endfertigung bestimmter Vernichtungs- und Abwehrwaffen, und er ahnt nicht, daß auch ihre Erzeugung nur zum allergeringsten Teil in den Produktionsstätten erfolgt, die er für Rüstungsfabriken hält. Ob es sich nun um Stahlblech, Kunststoffe, Zwirne, Tuche, Gurte, Watte, Seile, Dichtungen, Pumpen, Schrauben, Nieten, Flanschen und was sonst handelt — sie alle stammen aus Betrieben, denen niemand ansieht, zu welchen letzten Zwecken ihre Produkte schließlich verwendet werden. Bau- und Textilindustrie, Maschinen- und Fahrzeug-, chemische, elektrotechnische, feinmechanische und optische Industrie, sie alle und viele andere liefern, und zwar ins In- und Ausland, teils wissentlich, teils unbewußt, für Zwecke der Rüstung.“ (Erich Welter: Der Staat als Kunde, S. 322.)

Wir sehen in der vielfältigsten Art und Weise, meist nicht direkt erkennbar, es sind rund 7 Millionen Arbeiter aus dem Bereich der zivilen Produktion in die Rüstungsproduktion übergewechselt. Sie produzieren tote Werte, weil ihr Arbeitsergebnis nicht in die gesellschaftliche Konsumtion einfließt, sondern in den Arsenalen der Bundeswehr verschwindet. Sowohl die Arbeiter als auch die Unternehmer mit ihren beträchtlichen Rüstungsgewinnen treten aber weiterhin als Käufer von Konsumtions- und Produktionsmitteln in Erscheinung, aber auf einem um ihr Arbeitsergebnis verkleinerten Markt.

Mit den im Ausland getätigten Rüstungskäufen verhält es sich ähnlich. Statt für die exportierte Warenmenge die gleiche Warenmenge für die gesellschaftliche Konsumtion zu importieren, kehrt ein Teil als Waffen und

Kriegsmaterial zurück. Fritz Vilmar errechnete in seinem Buch „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus“, daß in den Jahren 1956/64 für die Inlandsrüstungsproduktion 31,73 Milliarden DM und für Rüstungskäufe 29,87 Milliarden DM aufgewandt wurden. In acht Jahren wurden damit der gesellschaftlichen Konsumtion Werte in Höhe von 61,6 Milliarden DM entzogen. Dieser Entzug führte zu einem beträchtlichen Geldüberhang — da die Warendeckung fehlte — infolgedessen zu Preissteigerungen und Kaufkraftschwund. Hier liegt also einer der Gründe, warum die Deutsche Mark nur noch 50 Pfennig wert ist.

Daß dieser Prozeß noch längst nicht abgeschlossen ist, sondern immer schneller voranschreitet, zeigt eine Meldung aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. 5. 1966 über bevorstehende Rüstungskäufe in den USA. Dort heißt es u. a.: „Die nächste Bestellwelle zeichnet sich aber bereits deutlich ab. Washington möchte der Bundesrepublik 100 „Phantom“-Jäger (Hersteller: McDonell) zum Stückpreis von rund zehn Millionen DM (zusammen eine Milliarde DM) verkaufen. Im Gespräch sind ferner 200 (Boeing) „Chinook“, mittelschwere Transporthubschrauber, zu einem Brutto-Stückpreis von rund zehn Millionen DM; das entspräche einem Auftrag von zwei Milliarden DM. Weiterhin soll die deutsche Luftwaffe nach amerikanischen Vorstellungen acht schwere Transportflugzeuge vom Typ Lockheed „Starlifter“ erwerben, die zusammen einschließlich der dazugehörigen Ausstattung gut 300 Millionen DM kosten

1. September Anti-Kriegstag

Gemäß einem Antrag des 7. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses beschloß der Bundesvorstand, ab 1. September 1966 jährlich örtlich Veranstaltungen zum Gedenken an den Ausbruch des Krieges 1939 zu veranstalten. Verantwortliche Träger sind die DGB-Kreise im Bundesgebiet, die Sprecher zu diesen Veranstaltungen sollen aus dem Bereich der Gewerkschaften kommen.

sollen. 700 Bell-Hubschrauber, die in Deutschland in Lizenz gebaut werden, sind noch nicht abgerechnet worden. Die amerikanischen Einnahmen daraus werden sich auf 0,6 Milliarden DM belaufen. Außerdem steht eine zweite Serie von wiederum 200 Bell-Hubschraubern zum Lizenzbau noch zur Diskussion. Noch nicht abgerechnet sind auch etliche andere Käufe, z. B. für die Marine.

Neben diesen Geschäften, mit deren Abschluß für die nächste Zukunft zu rechnen ist — wenn es nach dem Wunsch der Amerikaner geht —, zeichnen sich auch noch einige längerfristige Perspektiven ab. Dazu gehört z. B. die deutsch-amerikanische Panzerentwicklung, die sicherlich mit Beschaffungskäufen in Amerika verbunden sein dürfte. Washington möchte außerdem auch 50 Stück seines neuen Super-Kampfflugzeuges F-111 (North-American Aviation) nach Deutschland verkaufen.“

Auch die jetzt laufenden Verhandlungen über ein neues Devisenausgleichsabkommen mit Großbritannien dienen dazu, die Kosten für den Unterhalt der britischen Rheinarmee auf mehr vom englischen Steuerzahler auf den deutschen zu verlagern.

Die Ausgaben der Bundesregierung für die direkte und indirekte Wiederaufrüstung einschließlich der Besatzungskosten betragen bis heute 150 Milliarden DM. Die Bundesregierung versucht, auf zwei Wegen diese Kosten auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. Der erste Weg ist der Versuch, den Bundeshaushalt durch Abbau von Subventionen und Veränderung des Steuerausgleichs mit den Ländern auszugleichen. So führte der Abbau von Subventionen für Grundnahrungsmittel — Mehl, Zucker u. dgl. — zu unmittelbaren Preiserhöhungen für Nahrungsmittel.

Die Verminderung der Zuschüsse für die Bundesbahn um 400 Mill. DM und die Erhöhung des Abführungssatzes auf 6½ Prozent der Bruttoeinnahmen (über 500 Mill. DM) der Bundespost führte sowohl zu unmittelbaren Preissteigerungen, aber auch durch die Erhöhung der Transportkosten im Güterverkehr — die der Unternehmer über den Preis auf den Verbraucher abwälzt — zu mittelbaren Preissteigerungen. Zugleich versucht die Bundesregierung, durch Neufestsetzung des Prozentsatzes für den Steuerausgleich zwischen Bund und Ländern einen immer größeren Teil des Ländersteueraufkommens in die Bundeskasse unzulucken. Die Länder wiederum versuchen, sich an den Gemeinden schadloß zu halten. Die Folgen der Plünderung der Landes- und Gemeindekassen als Folge der Aufrüstung beschreibt der Wirtschaftsspiegel der Sparkassen vom März 1965, Seite 19: „Die Kreditmarktverschuldung hatte Ende 1954 erst rund 2,4 Mrd. DM und Ende 1958 noch 7,9 Mrd. DM betragen. Sie hat sich somit im Durchschnitt der Jahre

1954 bis 1958 um jährlich 1,1 Mrd. DM und von 1958 bis 1964 um jährlich rund 1,9 Mrd. DM erhöht" (zitiert aus „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus" von Fritz Vilmar, S. 276).

Das heißt, daß in der Zeit der forcierten Wiederaufrüstung der Bundesrepublik gleichzeitig die Verschuldung der Gemeinden jährlich fast doppelt so groß war wie vorher.

... Die gesamte öffentliche Verschuldung stieg von 1964 bis jetzt um 13,8 Mrd. DM auf insgesamt 46,8 Mrd. DM" („Spiegel" Nr. 24/66).

Aber alle diese Maßnahmen haben nicht ausgereicht, das Loch im Bundeshaushalt zu stopfen. Den Ausweg sucht die Bundesregierung, wie alle anderen kapitalistischen Regierungen vor ihr, durch das In-Gang-Setzen der Inflationsschraube. Schon 1959 warnte das deutsche Wirtschaftsinstitut, Berlin, vor den Folgen einer solchen Entwicklung: „Bisher hatte die Hortung von Steuergeldern im sogenannten Juliussturm des Bonner Haushalts den bereits seit Jahren inflationistisch wirkenden Außenhandelsüberschüssen, wenn auch in bescheidenem Ausmaß, neutralisierend gegenübergestanden. Neben dieser auch heute noch vorhandenen Quelle einer inflationistischen Vermehrung des Geldumlaufs tritt in Zukunft nun noch eine zweite: die Kreditschöpfung der Bundesbank zum Ausgleich des Staatshaushalts. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß die Vermehrung der im Inland zirkulierenden Geldmenge sich nicht auf die Kreditsumme von 3 Milliarden Mark beschränken würde, die der Bund bei der Zentralbank aufnimmt. Diese Summe löst vielmehr nach ihrem Eintritt in die Zirkulation zusätzliche Schöpfung von Giralgeld durch die westdeutschen Banken und Kreditinstitute aus. Die Erfahrungen aus der kapitalistischen Finanzwirtschaft zeigen, daß sich die zusätzliche Kreditschöpfung und die damit verbundene Aufblähung der Giralgeldmenge auf etwa 100 Prozent der zusätzlichen Bargeldmenge beläuft, d. h., daß sich infolge der Geldschöpfung der Bundesbank für den „Bund" in Höhe von 3 Milliarden Mark das gesamte Geldvolumen in Westdeutschland um 6 Milliarden Mark ausdehnen würde. Da sich das westdeutsche Geldvolumen im Jahre 1958 auf rund 43 Milliarden Mark belief, bedeutet das eine Vermehrung des Zahlungsmittelumsaums um 14 Prozent."

Auch für den Ausgleich des Bundeshaushalts 1966 will die Bundesregierung wiederum 2,8 Mrd. DM Kredit am Kapitalmarkt aufnehmen („Die Zeit", 12. 11. 65). Allein mit 3,5 Mrd. DM steht der Bund bei der Bundesbank in Kreide, um seine Verpflichtungen aus dem Internationalen Währungsfonds — einem Organ zur Finanzierung des Neokolonialismus — zu erfüllen. Die Bundesregierung scheut sich auch nicht, entsprechend den Vorbildern der hilterschen Finanzpolitik, zur Finanzierung der Rüstungskosten, das Geld der Sozialversicherungen anzufassen. Im

Jahre 1965 wurden der Sozialversicherung statt Bargeld für 750 Mill. DM Schuldverschreibungen überwiesen (FAZ, 30. 1. 65). Gegenwärtig betragen diese über Schuldverschreibungen der Sozialversicherung entzogenen Beträge die stattdessen Summe von 4,5 Mill. DM („Nachrichten", 1. 3. 66). Darin liegt die Ursache, daß von den Mitgliedern der Sozialversicherung ständig neue, höhere Beitragsleistungen gefordert werden!

Um den gesetzlich festgelegten, ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, bedient sich die Bundesregierung der Methode der scheinbaren Einsparungen. Dazu zitiert die FAZ vom 30. 1. 65 das „Institut für Finanzen und Steuern":

„Wenn sich die globalen Minderausgaben nicht verwirklichen lassen, verwandeln sie sich in Fehlbeträge; lassen sie sich verwirklichen, so geschieht es in der Regel und in zunehmendem Maße nicht nur durch echte Einsparungen, sondern durch Übertragung auf das nächste Jahr. Da man aber die Deckung einer Ausgabe, die nur durch Belastung des nächsten Jahres erreicht werden soll, nicht als echte Deckung ansehen kann, steigt der Anteil der Scheindeckung absolut und relativ in unheimlichem Umlang und Tempo."

Und in der Tat, tagtäglich wird dieses unheimliche Tempo immer spürbarer. Preissteigerungen um 4,5 Prozent innerhalb eines Jahres (1965/66) hat es noch nicht gegeben!

Immer schneller dreht sich das verhängnisvolle Karussell der Preissteigerungen und des Kaufkraftschwunds. Immer schneller führt uns eine wahnwitzige Rüstungspolitik an den Rand auch der wirtschaftlichen Katastrophe. Lediglich die Bundesregierung gibt sich unbeeindruckt. Ihr Augenmerk richtet sich auf Möglichkeiten, den Steuerzahler und Werktätigen weiter und mehr zu schröpfen. Allein die beschlossenen und geplanten Notstandsgesetze sollen uns zusätzlich noch 20 Mrd. DM kosten. Erhards Vorstellung zur Finanzierung ist klar ausgesprochen: Stopp der Arbeitszeitverkürzungen! Zwei Stunden Mehrarbeit, Maßhalten, d. h. Konsumverzicht üben. Das ist die Neuauflage der Losung „Kanonen statt Butter."

Den Plänen und Vorstellungen der CDU/CSU-Regierung und der großen Monopole steht das Programm von 6,5 Millionen DGB-Mitgliedern, der Wille unseres Volkes nach Frieden und sozialer Sicherheit gegenüber.

Wenn wir den Lebensstandard der arbeitenden Menschen auch nur halten wollen, wenn soziale Sicherheit und Demokratie verwirklicht werden sollen, dann muß der Kampf um Abrüstung und Entspannung gerade in der Bundesrepublik mit solchem Ernst, mit solcher Leidenschaft geführt werden, wie es die Situation heute erfordert. Der 7. DGB-Kongreß hat alle Gewerkschaftsmitglieder dazu aufgeufen.

Verschuldung steigt weiter an

Nach einer Untersuchung der Deutschen Bundesbank betrug die Verschuldung der Verbraucher in der Bundesrepublik Ende März 1966 rund 9 Milliarden DM. Das sind 150 DM auf den Kopf der Bevölkerung. An den gesamten Konsumentenkredit der Banken hatten die Ratenkredite den höchsten Anteil, nämlich 90 Prozent. Davon entfielen 2,4 Milliarden DM oder 33 1/3 Prozent auf die Finanzierung von Gebrauchsgütern über die Vermittlung von Händlern und Herstellern. Die Bardarlehen des Teilzahlungsbereiches sind innerhalb eines Jahres um 16 Prozent, das sind rund 200 Millionen DM, angestiegen. Ein weiteres Fünftel des Teilzahlungskredites entfallen auf die sogenannten Kleinkredite, und zwar 1,6 Milliarden DM. Am stärksten sind die Anschaffungsdarlehen angestiegen, und zwar um 33 Prozent oder, in DM ausgedrückt, um 400 Millionen.

Die von Jahr zu Jahr steigende Verschuldung ist ein schlagender Beweis gegen die ständige Propaganda von dem „Wohlstand", der in der Bundesrepublik selbst in der kleinsten Hütte angebrochen sein soll. Besonders der hohe Anteil der Ratenkredite beim Kauf von Verbrauchsgütern zeigt, daß die Einkommen bei einem großen Teil der Bevölkerung nicht ausreichen, um über den lebensnotwendigen Bedarf an Konsumgütern und Mieten hinaus Anschaffungen ohne Verschuldung machen zu können.

In der „Zeitung für Verbraucher", die von den Verbraucherverbänden herausgegeben wird, wurde in einer amtlichen Statistik festgestellt, daß bei einem Einkommen bis zu 900 DM im Monat ganze 19 DM als Ersparnisse zurückgelegt werden können. Beträgt das Einkommen das Doppelte, also 1800 DM, können selbst bei wesentlich höherem Lebensstandard 160 DM im Monat auf die hohe Kante gelegt werden. Die ständigen Steigerungen der Lebenshaltungskosten treffen also in erhöhtem Maße die kleinen Einkommensbezieher.

Gewerkschaften sehen Krisengefahr

Der Konjunktur in der Bundesrepublik droht nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI) im diesjährigen Sommer die Bildung von Krisenherden. Die inzwischen gebrochene Aufschwungkraft der Konjunktur, schreibt das WWI in seinem jüngsten Konjunkturbericht, könne sich in den Sommermonaten nicht erneuern. Ob die Konjunktur in den Sog der Depression gerate, der sich im saisonalen Herbstaufschwung güterwirtschaftlich wieder fange, werde vom Verhalten der Bundesbank abhängen.

Gefährliches Rezept Blessings

Bundesbankpräsident will „Arbeitsmarkt entspannen“ Restriktionspolitik auf Kosten der Löhne

In einer programmatischen Rede hat der Bundesbank-Präsident Blessing seine Vorstellungen über die Geldpolitik der Bundesbank entwickelt. Die von ihm vorgetragenen Gedanken würden, wenn sie Realität gewännen, die Lebensbedingungen der Lohn- und Gehaltsempfänger in der Bundesrepublik wesentlich verändern und damit eine neue Lage für die Gewerkschaften schaffen. Der Bundesbank-Präsident sprach dabei nicht als Privatperson. Seine Ansichten sind vielmehr Ausdruck der wirtschaftspolitischen Meinung eines bedeutenden Teiles der Großindustrie. Zugleich werden aber auch die Ansichten des Bundesbank-Präsidenten von der Bundesregierung geteilt, was nicht zuletzt durch den von der Regierung beschlossenen Entwurf eines „Gesetzes zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität“ bestätigt wird.

Was sagte nun Herr Blessing in Hamburg?

„Es ist das natürliche Bestreben der Banken, ihre Geschäfte auszuweiten. Ich warne die Banken aber davor, dies zu sehr auf Kosten der Liquidität zu tun. Man kann sich schon jetzt des Eindrucks nicht erwehren, daß manche Banken ihre Liquidität bis an die Grenze des eben noch Tragbaren strapaziert haben. Ich möchte es klar aussprechen: Die Notenbank wird denjenigen Banken, die ihre Kredite zu sehr ausgedehnt haben, nicht aus der Patsche helfen, wenn sie in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sollten, es sei denn zu den Bedingungen, die die Notenbank in solchen Fällen für angemessen hält. Das Zahlungsbilanzdefizit wird die Bankenliquidität voraussichtlich weiter schwächen. Ich rate den Banken daher, bei ihrer weiteren Kreditgewährung äußerst vorsichtig zu sein.“

Wozu hat nun die Bundesbank durch ihre Politik des „teuren Geldes“ einen solchen Zustand herbeigeführt, der sich auch gegen die Interessen vieler mittlerer Unternehmer und vor allem des Mittelstandes richtet? Auch darauf gibt der Bundesbankpräsident in seiner Rede eine Antwort:

„Im Konsumgüterbereich gibt es aber immer noch Auftriebstendenzen, der Arbeitsmarkt — das neuralgische Zentrum unserer Schwierigkeiten — ist nach wie vor angespannt, die Haltung von Arbeitskräften hält an.“

An anderer Stelle heißt es:

„Eine Fortsetzung unserer gegenwärtigen Restriktionspolitik wird daher auch dem Lohnkosten- und Preisauftrieb in nicht zu ferner Zeit ein Ende setzen, und zwar um so rascher, je stärker insbesondere die öffentliche Hand ihre Investitionsausgaben einschränkt. Die Anzeichen mehren sich, daß das veränderte Investitionsklima allmählich zu einer Auflockerung der Arbeitsmarktlage und zu größerer Zurückhaltung nicht nur bei den Tarifverhandlungen, sondern auch bei der Gewährung übertariflicher Vergütungen führt. Die Haltung von Arbeitskräften, die heute noch im Gange ist, wird nachlassen. Die größere Resistenz der Unternehmer gegenüber Lohnfor-

derungen zeigt sich schon deutlich bei den Lohnverhandlungen in der Stahlindustrie. Ich möchte glauben, daß die Tarife in der Metallindustrie, die vor wenigen Monaten ausgehandelt wurden, mäßiger ausgefallen wären, wenn die konjunkturellen Abschwächungstendenzen damals schon so deutlich in Erscheinung getreten wären wie heute.“

Der Bundesbank-Präsident möchte „den Arbeitsmarkt entspannen“ — das heißt also, wieder Arbeitslosigkeit schaffen, um den Lohn drücken zu können. Er sagt das deshalb so deutlich, weil die Unternehmer, zumindest ein Teil von ihnen, über das Abflauen der Konjunktur beruhigt sind und sich gegen eine Politik der Restriktion wenden. Diesen Unternehmern will er die Vorteile seiner Politik klarmachen, und dabei tritt die Arbeitnehmerfeindlichkeit dieser Wirtschaftspolitik zutage.

Auf Kosten der Verbraucher

Der Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat nach einer „Marathonsitzung“ die noch übriggebliebenen Agrarmarktordnungen und Agrarpreise verabschiedet. Wie immer, auch diesmal auf Kosten der Verbraucher. In der Bundesrepublik muß darum mit wesentlichen Preiserhöhungen für Milch, Butter, Käse, Obst, Rindfleisch, Kalbfleisch und Pflanzenöle gerechnet werden. Ob mit den Agrarpreiserhöhungen auch den Bauern in der Bundesrepublik geholfen wird, ist dabei sehr fraglich.

Ebenso wie die Hohe Behörde als Institution einer kleuropäischen Montanindustrie nicht in der Lage war, auch nur einem Bergmann den Arbeitsplatz zu sichern, hat sich die EWG trotz aller gegenteiliger Beteuerungen zu einem Riesenkartell zur Ausplünderung der Verbraucher entwickelt. Bezeichnend für die Sinnlosigkeit dieser Organisation ist die Tatsache, daß der Ministerrat beschlossen hat, bei Überproduktion von Obst und Gemüse Stützungskäufe mit EWG-Geldern vor-

Herrn Blessings Rezept sieht also so aus: Konjunktur bremsen, Löhne drücken und Profite erhöhen. Hierbei gibt es keine Garantie für stabile Preise; im Gegenteil: Sie werden weiter nach oben klettern und die Erhardschen Prinzipien vom „freien Spiel der Kräfte“ in der Marktwirtschaft, die zwar nichts anderes waren als ein Bluff, werden nun ganz offen abgetan. Vielmehr soll der Staat zur Sicherung der Höchstprofite und zur Restaurierung eines Wirtschaftssystems, das längst seine Daseinsberechtigung verloren hat, in den Ablauf der Wirtschaft eingreifen. Und weil man befürchtet, daß die Arbeiterschaft diesem nicht latenlos zusehen wird, soll dieser Prozeß durch Notstandsgesetze gegen gewerkschaftliche Aktionen abgesichert werden.

Die Arbeiterschaft in der Bundesrepublik hat nach dem Kriege, als die Mehrzahl der Großindustriellen wegen ihrer Nazivergangenheit eine Zeitlang ausgeschaltet waren, die Betriebe wieder aufgebaut und in Gang gebracht. Durch den Fleiß der Lohn- und Gehaltsempfänger wurde ein relativ hoher Lebensstandard erreicht. Diese Leistungen geben aber den Arbeitern und Angestellten das Recht, Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, die sich gegen die Interessen der Mehrheit des Volkes richten, zu verhindern. Der volksfeindlichen Konzeption des Bundesbank-Präsidenten Blessing und der hinter ihm stehenden Regierung und Großindustrie muß darum ein Programm für das Volk entgegengesetzt werden. H. W.

zunehmen, für den Fall, daß die gewünschten Preise auf dem Markt nicht erzielt werden. Dabei war sich der Ministerrat darüber klar, daß die aufgekauften Mengen, weil sie ja nicht gelagert werden können, vernichtet werden müssen. Wir werden in der nächsten Nummer der NACHRICHTEN noch grundsätzlicher auf die EWG-Politik eingehen.

Nur 231 DM Arbeiterrente

Die durchschnittliche Arbeiterrente beträgt zur Zeit 231,50 DM, die durchschnittliche Angestelltenrente 392,90 DM. Wie aus einer Statistik des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger hervorgeht, erhöhten sich die Arbeiterrenten vom 1. Juni 1965 bis zum Stichtag 1. Juni 1966 im Durchschnitt um 16,50, die Angestelltenrenten um 32,40 DM. Arbeiterwitwen erhielten 181,10 DM, Angestelltenwitwen 261,70 DM.

Wirtschaftswunder - nicht für alle

Ein Drittel der bundesdeutschen Haushalte

verfügt über weniger als 600 DM im Monat

Die Zeitung der IG Metall hat Zahlen veröffentlicht, die das Divo-Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung in einem „Handbuch für Forschung, Werbung und Verkauf“ bekanntgab. Diese nüchternen Zahlen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, wie verbreitet die Armut trotz aller Wohlstandspropaganda in der Bundesrepublik auch heute noch ist und in welchem Umfange eine kleine Schicht von Großverdienern in unserem Lande den Rahm des so viel zitierten Wirtschaftswunders für sich abgeschöpft haben.

In dem Handbuch des Divo-Institutes wird festgestellt, daß von den rund 20 Millionen Haushalten in der Bundesrepublik 770 000 mit weniger als 250 DM im Monat auskommen müssen. 2 120 000 Haushalte verfügten nach Abzug von Steuern und Sozialversicherung über ein monatliches Einkommen von 250 bis 400 DM. Zwar fallen in diese niedrigen Einkommensgruppen zu einem großen Teil Ein-Personen-Haushalte, aber für ein Drittel dieser Einkommensgruppe mußten 250 bis 400 DM für mehrere Personen reichen. Nur rund 3,8 Millionen Haushalte hatten ein Einkommen zwischen 400 und 600 DM.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß rund ein Drittel der 20 Millionen Haushalte mit weniger als 600 DM im Monat leben müssen, obwohl nach einer Schätzung der finanzpolitischen Zeitschrift „Capital“ in der Bundesrepublik das Existenzminimum für einen Durchschnittshaushalt mit 663 DM angesetzt werden muß. Die von der IG Metall zitierte Zeitschrift knüpft daran die Bemerkung, daß mit weniger als 600 DM im Monat „nur Rentner, Ein-Personen-Haushalte und Hungerleider“ auskommen.

Doch weiter in der Einkommensstatistik: 4,5 Millionen Haushalte haben monatlich 600 bis 800 DM, 3,8 Millionen zwischen 800 und 1000 DM, 3,2 Millionen zwischen 1000 und 1500 DM und 960 000 Haushalte zwischen 1500 und 2000 DM Einkommen netto im Monat. Nur 640 000 können nach Abzug von Steuern und Sozialversicherung über mehr als 2000 DM im Monat verfügen.

Auch über die Möglichkeit, an den Dingen teilzuhaben, die in einer modernen, zivilisierten Gesellschaft den Menschen zur Verfügung stehen, oder besser gesagt, wer alles nicht daran teilnehmen kann, gibt das Divo-Handbuch eine erschöpfende Auskunft: Fast jeder dritte Haushalt in der Bundesrepublik hat in seiner Wohnung weder Dusch- noch Bademöglichkeit, und in der Einkommensgruppe bis zu 600 DM im Monat, das heißt für immerhin 6,7 Millionen Haushalte, muß jeder Zweite auf ein eigenes Bad oder eine eigene Dusche verzichten. 58 von 100 Haushalten haben keine Heißwasser-einrichtung, nur 16 von 100 Personen im Alter von 16 bis 79 Jahren leben in einer Wohnung mit Zentralheizung,

und nur drei Viertel aller Haushalte besitzen Staubsauger und Kühlschrank. Zwar verfügen fast alle über ein Radio und immerhin 57 von 100 über ein Fernsehgerät, aber in der Einkommensgruppe bis zu 400 DM monatlich ist nur jeder Vierte mit einem Fernsehgerät „gesegnet“.

Telefon gibt es in jedem fünften Haushalt, aber nur in drei von hundert Arbeiter- und in fünf von hundert Facharbeiterhaushalten. Zwei von drei Familien haben kein eigenes Auto. Aber 77 von 100 Haushalten der Einkommensgruppen von mehr als 1500 DM im Monat haben einen Wagen; in den Einkommensgruppen bis zu 400 DM sind es von 100 nur fünf und in 3,6 Millionen Haushalten, die zwischen 400 und 600 DM monatlich zur Verfügung haben, 14 von 100.

Von hundert Bundesbürgern im Alter von 16 bis 79 Jahren konnten sich 61 keine Urlaubsreise leisten, und nur 8 von hundert gingen länger als drei Wochen in Urlaub. Von denen, die auf Urlaubsreisen verzichten müssen, kommt der größte Teil aus der Personengruppe, die nur 400 DM im Monat verdienen, und wo mehr als 1000 DM Einkommen bezogen wurde, führen 50 Prozent in den Urlaub. Erst bei 1500

Höhere Preise für Fernsehgeräte

Steigende Materialkosten, höhere Zinsbelastungen und — wie könnte es auch anders sein? — Lohnerhöhungen müssen dazu herhalten, Preissteigerungen für Fernsehgeräte zu begründen. Das ergibt sich aus einer Erklärung des Geschäftsführers des Fachverbandes Rundfunk und Fernsehen. Dabei berührt eigenartig, daß im gleichen Atemzuge festgestellt wird, es lägen 300 000 Fernsehgeräte auf Lager, also 40 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Der Bundesbürger wird sich verwundert fragen, wie sich das mit den Erhardschen Gesetzen von der „freien Marktwirtschaft“ zusammenreimen läßt, nach denen sich der Preis nach Angebot und Nachfrage richtet, daß also bei einem Lagerbestand von 300 000 Fernsehgeräten der Preis sinken müßte. Statt dessen werden Preissteigerungen angekündigt. Die marktwirtschaftliche Weisheit Erhards erweist sich wieder einmal als Schwindel.

DM Einkommen waren es 75 Prozent, die sich eine Urlaubsreise erlauben konnten.

Nur jeder dritte Haushalt in der Bundesrepublik lebt in eigenem Haus oder in einer Eigentumswohnung. Zwei Drittel wohnen also zur Miete. 80 von hundert Haushaltungen nennen ein Sparbuch oder ein Konto ihr eigen, aber die Ersparnisse reichen bei den meisten höchstens für ohnehin notwendige Anschaffungen, einen bescheidenen Notgroschen oder um einen kleinen Betrag, den man für die Erziehung der Kinder zurücklegt. Nur zwei von hundert wollen die Ersparnisse für „Vermögensbildung“ verwenden, also Aktien oder Wertpapiere kaufen.

Das sind Zahlen, die beweisen, unter welch bescheidenen Verhältnissen die große Masse unseres Volkes auch heute noch leben muß. Um so empörender ist das dumme Geschwätz vom „Maßhalten“, das der Bundeskanzler Erhard bei jeder unpassenden Gelegenheit an die Adresse jener richtet, denen die Einkommensverhältnisse schon viel zuviel Mäßigung auferlegen. Daß es aber nicht nur arme und bescheidene Einkommensbezieher in der Bundesrepublik gibt, das zeigen die privaten Untersuchungen der schon einmal zitierten Zeitschrift „Capital“, die zu folgenden Feststellungen kommt: Im Durchschnitt verfügen die Spitzenmanager in der Warenhausbbranche monatlich über 33 000 DM Einkommen. Etwas „schlechter“ sind die Manager aus der Automobilindustrie dran, die sich im Durchschnitt mit 15 500 DM im Monat begnügen müssen, gefolgt von der Elektroindustrie mit 13 000, der Stahlindustrie mit 12 500, den Banken mit 11 500, der Feinmechanik und Optik mit 8000 DM verfügbarem Einkommen im Monat.

„Aber“, so schreibt die Metallarbeiterzeitung weiter, „diese Manager sind nur Waisenkinder im Vergleich zu dem, was die feine und exklusive Gesellschaft der bundesdeutschen Umsatzmilliardäre verdient, die aus 18 Familien besteht. Der Reigen dieser 18 Kapital-Königshäuser wird angeführt von Flick mit 6000 Millionen Umsatz pro Jahr; es folgen Krupp, Henle, Haniel, Reemtsma, die Zichy, Wolff, Bosch, Schickedanz, Quandt, Henkel, Horten, von Opel, Grundig, Springer, Stumm, Oetker; das Schlußlicht bildet mit nur 1000 Millionen Jahresumsatz die Wehrhahn-Familie. Diese 18 machen zusammen jährlich Umsätze von 46 Milliarden oder 46 000 Millionen DM. Sie bilden die Spitze der 200 reichsten Familien, die zusammen 85 Milliarden DM in ihren Unternehmen umsetzen oder fast ein Viertel des gesamten deutschen Industrieumsatzes, der 375 Milliarden DM beträgt.“

Wie hoch das jährliche Einkommen dieser Familien ist, um wieviel sich ihr Vermögen von Jahr zu Jahr vermehrt, darüber wird in der Bundesrepublik nicht geredet, sondern nur gellüstert.

Leber gegen „Godesberg“

Scharfe Kritik Berliner SPD-Funktionäre an den politischen Ideen Lebers Neuordnung der Gesellschaft statt Tolerierung

Daß die politischen Intentionen Georg Lebers nicht nur in den Gewerkschaften auf scharfen Widerspruch stoßen, sondern auch in seiner eigenen Partei, der SPD, von vielen abgelehnt werden, beweist eine in der Berliner SPD-Zeitung „Berliner Stimme“ veröffentlichte Antwort auf ein Referat, das Leber vor dem Parteitag der Berliner SPD gehalten hat, durch die Sozialdemokraten Harry Ristock, Stadtrat und einer der Wortführer der Berliner SPD-Opposition, und Dieter Kreft. In der Veröffentlichung beziehen sich beide auf das Godesberger Programm der SPD und stellen fest, daß die Ideen Georg Lebers unvereinbar mit den Forderungen der Godesberger Beschlüsse seien. Wie auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Bremen hatte sich Leber auch in Berlin vorbehalten, das für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik ausgesprochen und den Bonner Staat ohne Einschränkung bejaht.

In ihrer Kritik an Leber gehen die beiden Autoren von der zweifellos zutreffenden Tatsache aus, daß die staatlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik seit jeher „restaurativ bestimmt“ werden und von einer wirklichen Demokratisierung heute weiter entfernt sind als bei der Gründung der Bundesrepublik. Nach einer Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse, die nach Ansicht der Kritiker charakterisiert wird durch die wachsende Konzentration wirtschaftlicher Macht und die immer stärker werdende Einflußnahme des Staates und der Staatsbürokratie auf die wirtschaftliche Entwicklung, stellen sie fest, daß Staat und Wirtschaft zu einer Identität verschmelzen und der Staat den Wirtschaftsprozess reguliert und organisiert, um den Bestand der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik zu sichern. Der Staat, so heißt es weiter, hat konkrete Aufgaben in der Wirtschaft zu erfüllen. Das jedoch dürfe nicht zu der Behauptung verleiten, er würde von vornherein im Interesse der Allgemeinheit operieren.

Wörtlich heißt es in dem Artikel: „Es ist darum völlig unverständlich, daß Georg Leber sich so bedingungslos diesem Staat — wir verstehen ihn hier in seiner Repräsentanz durch die Regierenden — einfügen kann. Mit dieser Repräsentanz kann es keine Gemeinschaft geben. Die SPD trägt Verantwortung vor dem ganzen Volke in einem völlig anderen Sinne als bei Leber: Sie kann und darf nicht dazu dienen, wenigen Besitzenden ihre Privilegien zu erhalten. Der in unserer Nachkriegsgesellschaft sich abzeichnende Prozeß der Formierung macht auch vor den Köpfen führender Parteimitglieder nicht halt. Formierte Gesellschaft ist jedoch aus ökonomischen Gründen — gemeinsam mit einer machtpolitischen Zielsetzung — ein Mittel zur Stabilisierung von faktisch undemokratischen Herrschaftsverhältnissen zugunsten der Besitzenden. Diese Besitzenden, die in 20 Jahren nach 1945 ihre gesellschaftliche Macht unter der Oberfläche einer Wohlstandsgesellschaft nicht nur stabilisiert, sondern ins unvorstellbare ausgedehnt haben, sie — die gesellschaft-

lich bestimmenden Kräfte der Bundesrepublik — haben die Mittel und die Formen in der Beherrschung der Menschen gewandelt und perfektioniert. Und weiter: Die Jahre 1945 bis 1949 sind bestimmt durch eine ungeheure Akkumulation und Regenerierung des Besitzes in den Händen einzelner. Bei einer Lohnauschüttung faktisch am Rande des Existenzminimums werden die Grundlagen für das volle Ingangsetzen einer privatkapitalistisch gelenkten Groß-

Angestelltenkonferenz der Gewerkschaft Holz

In einem Geschäftsbericht, der der Bundesangestelltenkonferenz der Gewerkschaft Holz vorlag, ist zu entnehmen, daß in zwei großen Industriegruppen der Holzbe- und -verarbeitung von 1955 bis 1964 die Zahl der Angestellten um 12 000 anstieg, während die Zahl der Arbeiter um 11 900 zurückging. Auch in den anderen Wirtschaftszweigen im Organisationsbereich der Gewerkschaft Holz zeigt sich eine ähnliche Entwicklung.

In einer scharfen Entschliebung hat die Konferenz zu dem Streik der Holzarbeiter an der Saar, der durch eine einstweilige Verfügung verboten wurde, Stellung genommen. Es heißt in dieser Entschliebung: „Mit Empörung haben wir davon Kenntnis genommen, daß es den Arbeitgebern gelungen ist, gegen den Arbeitskampf einstweilige Verfügungen zu erreichen, obwohl alle arbeitsrechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft waren. Die Möglichkeit, daß Einzelrichter über die Handhabung des grundgesetzlich garantierten Streikrechtes entscheiden, stimmt höchst bedenklich. Aus diesem Geschehen lassen sich Rückschlüsse ziehen, was aus demokratischem und gewerkschaftlichem Recht zu werden droht, wenn Notstandsverfassung, Dienstpflicht und Notstandsgesetz Wirklichkeit werden.“ Die Entschliebung endet mit dem Satz: „Mit allen demokratischen Kräften in der Bundesrepublik wollen wir eine Notstandsverfassung verhindern.“

industrie gelegt. Über 1949 hinaus bis in unsere Tage ergibt sich für den Unternehmer durch einen riesigen Konsumverzicht der arbeitenden Menschen eine ungeheure private Kapitalaneignung. Dieses so entstandene Eigentum ist seinem Wesen nach amoralisch. Es stellt keine Sicherung der Freiheit und keine Möglichkeit zur Entfaltung der Persönlichkeit der Menschen dar. Es sichert die Demokratie nicht, sondern gefährdet sie eigentlich schon allein durch seine bloße Existenz. Wer sich hier — bewußt oder unbewußt — zum Werkzeug derjenigen macht, die diese realen ökonomischen und politischen Machtverhältnisse verschleiern wollen, wird mit zum Totengräber der Demokratie in diesem Land.“

Die politischen Vorstellungen Georg Lebers, so stellen Ristock und Kreft fest, seien kein „Beitrag“ für die Deutsche Sozialdemokratie. Sie nennen seine politischen Ideen „utopisch reaktionär“, und meinen, daß er wie ein Altliberal argumentiert, „der im Dornröschenschlaf die letzten 150 Jahre als wundersames Traumbild erfahren hat“. Alle Ereignisse dieser Zeitspanne werden beiseite geschoben und jede Verstaatlichung „mit dem Symbol des Erbfeindes verteuelt“. Damit ist zweifellos der einfältige Antikommunismus Lebers gemeint, der sich in jeder seiner Reden mit stupider Regelmäßigkeit wiederfindet.

Die Verfasser wenden sich aber auch gegen die Lebersche Behauptung, daß mit der Abschaffung des Privateigentums „in allen Fällen die persönliche Freiheit mitbegraben wird“. Wörtlich heißt es weiter: „Wenn Georg Leber also einerseits die heroische Pflicht und Verantwortung der Bürger für den Staat hervorhebt, der — wie nachgewiesen — gegenwärtig unkontrollierbar ist, wenn er seinen Freiheitsbegriff überhaupt nur als Dienst am Staat definiert und andererseits ein abstraktes, unpolitisch-lebensfeindliches Empfinden im Volk vermutet, das, gleichfalls jenseits von gut und böse, allen Menschen eigen ist, dann gewinnt Leber, weil er naiv-unpolitisch argumentiert, die gleiche Basis dieses Herrschaftsdenkens. Sicherlich spielt er diese Rolle unbewußt. Aber seine Funktion in der formierten Gesellschaft ist eindeutig.“

Den politischen Vorstellungen Lebers, die auf die Erhaltung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, gemildert durch Reformen und Reformchen, abgestellt sind, stellen die Verfasser der kritischen Antwort das Godesberger Programm der SPD gegenüber. Sie zitieren dabei die Forderungen, die sich gegen die Restauration der überholten Besitz- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik wenden:

„In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale

Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung.“ Damit habe, heißt es weiter, das Godesberger Programm die Grundvorstellungen einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung formuliert, nämlich Mitbestimmung der Arbeitnehmer und gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen.

Sehr zum Unterschied von Leber, dessen abfällige Bemerkungen über die Mitbestimmungsforderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter den Gewerkschaften in der Bundesrepublik Argernis erregt hat, wird in der Kritik Ristocks und Krefths an Leber ein Bekenntnis zur Mitbestimmung abgelegt. Es heißt wörtlich in dem Aufsatz:

„Nur die qualifizierte Mitbestimmung, mit besonderer inhaltlicher Ausgestaltung, kann den aus ökonomischer Notwendigkeit eingeleiteten Formierungsprozeß noch verhindern. Um es ganz deutlich zu sagen: Mitbestimmung in dem Sinne, daß kein tatsächlicher Einfluß gegeben ist, die nur Aufsichtsratsposten für Gewerkschaftsfunktionäre schafft, wäre sinnlos. Die qualifizierte Mitbestimmung ist nach unserer Auffassung die letzte Chance, noch einmal die Demokratisierung der Gesellschaft vom Grunde her, aus den Betrieben, einzuleiten. Durch verwässerte Regelungen jedoch werden die Arbeiter nicht mehr zu aktivieren sein. Das zentrale Problem der gewerkschaftlichen Kritik an Gesellschaft und Kapitalismus, die Kritik an der Machtverteilung, die auf Besitz beruht, wird durch die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand allein nicht berührt. Im Zusammenhang mit einer Neuordnung der Wirtschaftsverfassung kann eine wirkliche Umverteilung der Vermögen nur das Produkt einer umfassenden Gesellschaftspolitik sein, die ihren normativen Niederschlag durch die Wirtschafts-, Preis-, Steuer- und Sozialpolitik finden müßte.“

Am Schluß ihrer sehr umfangreichen und eingehenden Kritik stellen die Verfasser fest, daß „die Demokratie in Deutschland wieder im Begriff ist, ausgehöhlt zu werden“. Sie verweisen auf die kommenden Krisen im Bergbau, in der Stahlindustrie und in der Landwirtschaft und erinnern an die Gefahren, die durch das Wiederaufleben des Faschismus in der NPD sichtbare Gestalt annimmt. Sie warnen weiter vor dem Aufkommen eines „Wirtschaftsfaschismus“, falls es nicht gelingt, die „demokratischen Instinkte“ des Volkes zu wecken und zu aktivieren. Daß sie die Politik, die Leber vertritt, nicht für ein geeignetes Mittel halten, die Demokratie in der Bundesrepublik zu festigen, darüber haben sie in ihrem Artikel keinen Zweifel gelassen, und es wäre nur zu wünschen, daß die Arbeit Anlaß wäre, den Widerstand gegen die Vorstellungen Georg Lebers auch in den Gewerkschaften, und nicht zuletzt in seiner eigenen — in der IG Bau-Steine-Erden —, zu stärken. Sr.

Gesellschafts- und Bildungspolitik

Moderne Bildungspolitik nur möglich

bei fortschrittlicher Gesellschaftsordnung

Um die europäische Bildungspolitik ist zur Zeit eine lebhaft Diskussion im Gange. Es geht um die zweckmäßigsten Schulsysteme und Lernmethoden, die sich in den europäischen Ländern in Ost und West entwickelt haben. Dabei ist bemerkenswert, daß es für viele westeuropäische Wissenschaftler keine Scheu mehr gibt, auch die Bildungssysteme in den sozialistischen Ländern zu studieren und für sich nutzbar zu machen. Die vergleichende Literatur über Entwicklungen in den kapitalistischen und sozialistischen Ländern wird immer umfangreicher, und es werden nicht nur die Schulsysteme in den USA und in der UdSSR verglichen, sondern auch die Lernmethoden in der Bundesrepublik mit denen der DDR.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Grundsätzen in der Bildungspolitik in der DDR und der Bundesrepublik beleuchtet die Tatsache, daß in der Bundesrepublik nur 5 Prozent, in der DDR aber 50 Prozent aller Studierenden aus Arbeiter- und Bauernfamilien stammen. Das hat Professor Ralf Dahrendorf zu der Feststellung veranlaßt, daß in der DDR die Auflösung traditioneller Hemmungen gegenüber den Bildungsinstitutionen verwirklicht worden sei. Dahrendorf nennt diese Entwicklung im Zuge der gesellschaftlichen Umwälzung zwar einen „schmerzhaften Prozeß“, aber das ist auf keinen Fall als Abwertung dessen zu betrachten, was sich heute in der DDR als praktisches Ergebnis einer neuen Bildungspolitik darbietet.

In der DDR gehören die Zwergschulen der Vergangenheit an. Bereits 1960 wurde die letzte von 4000 einklassigen Schulen beseitigt, die 1945 als „bildungspolitisches Erbe“ übernommen wurden. Nur rund fünf Prozent aller Schüler besuchen in der DDR noch zweiklassige Schulen. Vergleicht man dazu die Verhältnisse aus der Bundesrepublik, bietet sich folgendes Bild:

Von rund 1600 einklassigen Schulen in Bayern waren bis 1965 ganze 48 aufgelöst, von 1800 zweiklassigen wurden 60 beseitigt. In Rheinland-Pfalz besuchen heute noch 27 Prozent aller Volksschüler ein- bzw. zweiklassige Schulen, wobei in einigen Gegenden der Prozentsatz sogar auf 45 ansteigt. Mit Recht gelten Zwergschulen bei modernen Pädagogen als überholte Requisiten. Zwergschulen sind auch die Ursache der Erscheinung, daß die Bildungschancen von Landkindern, das heißt ihre Aussicht, eine weiterführende Schule erfolgreich zu besuchen, wesentlich geringer ist als die der Stadtkinder. Es gibt in der Bundesrepublik ein bedauerliches Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land.

Als eines der interessantesten und bereits mit Erfolg erprobten Schulsysteme in Europa haben Wissenschaftler und Pädagogen die zehnklassige, allgemeinbildende polytechnische Oberschule in der DDR bezeichnet. Dieses mit dem Abitur abschließende Schulsystem läßt sowohl einen direkten

Weg zum Studium als auch einen indirekten über die betriebliche Berufsausbildung zu. Die Bezeichnung „polytechnisch“ deutet auf das Bestreben hin, den Erfordernissen einer modernen, technisierten Gesellschaft Rechnung zu tragen und eine Synthese von Arbeitswelt und Schule herzustellen. Das wird u. a. durch die zeitweilige Verlegung des Schulunterrichtes in die Betriebe erreicht.

Auch in den westlichen Ländern mehrten sich die Stimmen der Fachleute, die eine Synthese zwischen Schule und Praxis befürworten. Bildung wird mehr und mehr als ein wesentliches Produktionselement angesehen. So werden sich zum Beispiel die technologische Entwicklung und die Intensität der Forschung in der Industrie nur dann steigern lassen, wenn genügend qualifizierte Fachkräfte vorhanden sind. Gesichtspunkte, die in der DDR zu den wesentlichen Grundsätzen gehören.

Moderne Bildungspolitik ist nicht nur abhängig von der Finanzierung, wenngleich sie eine der wesentlichen Voraussetzungen ist. Wer zum Beispiel — wie die Bundesregierung — 20 Milliarden DM pro Jahr für eine sinnlose und gefährliche Rüstung verschleudert, dem fehlen die Mittel, um anstelle veralteter Zwergschulen moderne Bildungsanstalten zu setzen. Im wesentlichen ist die Bildungspolitik aber abhängig von den gesellschaftlichen Bindungen. Es ist darum kein Zufall, daß, von einigen Ausnahmen abgesehen, in den sozialistischen Ländern die fortschrittliche Bildungspolitik zu finden ist. Solange die Bildung, wie in der Bundesrepublik, ein Monopol der reichen Leute bleibt, wird sie rückständig sein und den Erfordernissen einer modernen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr entsprechen. Fortschrittliche Bildungspolitik ist darum nicht eine Frage größerer oder geringerer Stipendien, sondern vornehmlich das Resultat einer fortschrittlichen Gesellschaftspolitik, die jedem das Recht gibt, ohne Ansehen des Herkommens und der Einkommensverhältnisse sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln.

Wandlung in der Klassenstruktur

75 Prozent Lohn- und Gehaltsempfänger in der Bundesrepublik Stärkere Differenzierung in der Arbeiterklasse

Seit Mitte der fünfziger Jahre hat sich die Klassenstruktur in der Bundesrepublik unter dem wachsenden Einfluß der technischen Revolution ständig verändert. In einer umfassenden Analyse stellt dazu das Deutsche Wirtschaftsinstitut, Berlin, fest, daß sich von 1950 bis 1962 die Zahl der sogenannten Erwerbspersonen von 22 Millionen auf rund 26 Millionen, das heißt um 17,7 Prozent erhöht hat. Gleichzeitig aber stieg die Zahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten von 14,5 Millionen im Jahre 1951 um 46,8 Prozent auf 21,3 Millionen im Jahre 1962. Ihr Anteil ist von 70,8 Prozent auf 77,7 Prozent angewachsen.

Zieht man davon einen bestimmten Prozentsatz für die Angestellten und Beamten ab, die infolge ihrer Einkommensverhältnisse dem Bürgertum zugerechnet werden müssen, bleiben immerhin 75 Prozent der Bevölkerung, die, in abhängiger Stellung, allein vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben. Rund 20 Prozent gehören den Mittelschichten an, und der Rest, also etwa fünf Prozent, verteilen sich auf das Großbürgertum. Analysiert man diesen an sich geringen Prozentsatz der westdeutschen Bevölkerung, so ergibt sich, daß zur Schicht jener, die die ökonomische und politische Herrschaft in der Bundesrepublik ausüben, mit ihren Angehörigen nicht mehr als ein Prozent ausmachen. Daraus ergibt sich, daß die Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen weniger Konzern- und Monopolherren noch nie so groß war wie heute, aber ihre Basis gleichzeitig auch noch nie so schmal.

Man würde jedoch vor einer oberflächlichen Betrachtung stehen bleiben, betrachtete man diese allgemeinen Entwicklungstendenzen, ohne zu überlegen, daß die wissenschaftlich-technische Revolution nicht nur bedeutende Veränderungen in bezug auf die Größenordnung der Arbeiterklasse, sondern gleichzeitig auch in bezug auf ihre Struktur hervorgerufen hat. Es ist offensichtlich, daß sich diese gesellschaftlichen Veränderungen auch in der Zukunft fortsetzen werden. Diese Veränderungen kommen im wesentlichen in zwei Tatsachen zum Ausdruck. Einmal hat sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik insofern gewandelt, als in den letzten zwanzig Jahren außerordentlich viele neue Menschen zu ihr gestoßen sind. Dazu zählt zunächst ein großer Teil der Flüchtlinge und Vertriebenen, von denen viele früher den kleinbürgerlichen Schichten angehörten. Auch infolge der Schrumpfung der Betriebe in der Landwirtschaft und im Handwerk kam ein Teil aus diesen kleinbürgerlichen Schichten in abhängige Arbeitsverhältnisse. Rechnet man dazu alle, die erst nach 1945 die Schule verlassen haben, so ergibt sich, daß fast die Hälfte der zur Arbeiterklasse zählenden Lohn- und Gehaltsempfänger erst in der Nachkriegszeit in unselbstständigen Verhältnissen beschäftigt wurden und die kapitalistische

Wirtschaftsordnung nur unter den Bedingungen einer langandauernden Konjunktur kennengelernt haben.

Andererseits hat die technische Umwälzung dazu geführt, daß der Anteil der Angestellten, Techniker, Ingenieure usw. wesentlich schneller wuchs als die Gesamtzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger:

(in Prozent der Gesamtzahl der Arbeiterklasse)

1907	17,7
1925	25,7
1939	27,2
1950	28,2
1958	34,1
1960	35,9
1962	37,0

Diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit bestimmten Veränderungen in der Intelligenzschicht als Ergebnis der technischen Revolution. Bekanntlich wächst nicht nur die Zahl der Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker, sondern ein immer größerer Teil der Intelligenz wird unmittelbar mit dem kapitalistischen Produktionsprozeß verbunden, das heißt, sie geraten in eine immer stärkere Abhängigkeit. Das führt dazu, daß sich die Stellung vieler Angehöriger der Intelligenz der Arbeiterklasse, besonders der Angestellten annähert.

Endlich führt die technische Revolution zu Wandlungen in der Wirtschaftsstruktur und damit zu einer Neuverteilung der Lohn- und Gehaltsempfänger in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft. So ist zum Beispiel der Anteil der Landarbeiter in der Arbeiterschaft erheblich abgesunken und auch der Anteil der im verarbeitenden Gewerbe, insbesondere in der Industrie und im Bauwesen tätigen Arbeiter und Angestellten, von 61,5 Prozent im Jahre 1939 auf 56,5 Prozent zurückgegangen. Innerhalb der Industrie ging die Zahl der Textilarbeiter von rund 15 Prozent im Jahre 1936 auf 7,9 Prozent zurück. Dafür stieg die Zahl der in der elektrotechnischen Industrie, im Fahrzeugbau und einigen anderen Industriezweigen beschäftigten Arbeiter und Angestellten um das Doppelte. Bemerkenswert ist vor allem, daß der Anteil der im Handel und in den Dienstleistungsbetrieben tätigen Lohn-

und Gehaltsempfänger rasch ansteigt. Ihr Anteil wuchs in der gleichen Zeit von 38,5 auf 43,3 Prozent.

Dieser Strukturwandel bedeutet aber, daß sich zwar der Anteil der Arbeiterklasse an der Gesamtbevölkerung außerordentlich rasch erhöht hat, zur gleichen Zeit aber der Differenzierungsprozeß in der Arbeiterklasse sich verschärfte. Dieser Differenzierungsprozeß erschwert in gewisser Hinsicht das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse und erleichtert zugleich das Eindringen großbürgerlicher und monopolkapitalistischer Ideologien in der Arbeiterschaft. Der Differenzierungsprozeß wird gleichzeitig von den bürgerlichen Ideologen ausgenutzt, um eine Theorie zu begründen, nach der anstelle der Klassen „soziologische Gruppen“ und anstelle der „Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts“ die pluralistische Verbandsgesellschaft getreten sei, wie es auch Erhard in seinen Thesen zur formierten Gesellschaft ausgesprochen hat.

Das entspricht durchaus der Taktik, die im Kapitalismus seit jeher geübt wurde, nämlich die Arbeiterschaft aufzuspalten — nach dem Prinzip: „Teile und herrsche!“, um damit ihre volle Kraftentfaltung zu verhindern. D.R.

Verdienen am Vietnam-Krieg

Wie die deutsch-amerikanische Handelskammer in Köln verlauten ließ, hat der Export der Bundesrepublik nach den USA zur Zeit einen „ausgesprochen boomartigen Charakter“. Im Mai dieses Jahres wurde mit 148,5 Millionen Dollar, das sind rund 900 Millionen DM, ein neuer Monatsausfuhrrekord erzielt. Im Mai 1965 waren es 126,2 Millionen Dollar. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres lag der Export um 20,7 Prozent über dem entsprechenden Ergebnis des Vorjahres und betrug 667,2 Millionen Dollar = 2,67 Milliarden DM.

Die deutsch-amerikanische Handelskammer nannte als Gründe für diesen Exportaufschwung die Fortdauer der Hochkonjunktur infolge der Rüstung in den USA, was nichts anderes bedeutet als: infolge des Vietnamkrieges.

Panorama-Chef abberufen

Der Leiter und Moderator der „Panorama“-Sendung des Norddeutschen Rundfunks, Joachim Fest, ist von seinem Posten als Chef der bekanntesten politischen Fernsehreihe in Deutschland zum 1. Januar nächsten Jahres abberufen worden. Damit erlebt er das gleiche Schicksal wie seine Vorgänger Gert von Paczensky und Rüdiger Proske, deren Tätigkeit in dieser Sendung in erster Linie den politischen Parteien in Bonn mißfallen hatte.

12 Millionen DM Spenden aus Tantiemen

682 Stipendiaten erhielten 290 bzw. 400 DM Finanzhilfe

Es hat zwar keinen unmittelbaren Bezug auf die Debatte, die auf dem DGB-Kongreß in Berlin um die Ausweitung der Mitbestimmung geführt worden ist, jedoch ist es in diesem Zusammenhang interessant, aus dem Bericht über das 12. Geschäftsjahr der Stiftung Mitbestimmung zu erfahren, daß von den Vertretern der Gewerkschaften in den Mitbestimmungsorganen ein wesentlicher Teil der Entschädigungen der Stiftung Mitbestimmung zufließt. Im Durchschnitt wird die Hälfte des Nettoeinkommens aus den Tantiemen der Arbeitnehmervertreter in die Stiftung eingebracht, die unbemittelten und begabten Kindern von Lohn- und Gehaltsempfängern finanziell zum Studium helfen will.

Seit Gründung der Stiftung Mitbestimmung im Jahre 1954 sind ihr insgesamt 12 Millionen DM aus Spenden zugeflossen, und davon wurden allein für Stipendien seit der Gründung 7,52 Millionen DM aufgewandt, zuzüglich 0,66 Millionen DM für Büchergeld. Im Jahre 1965 wurden an 682 Studierende rund 1,25 Millionen DM ausbezahlt. Aber das ist nur eine Aufgabe der Stiftung; eine zweite ist die Förderung wissenschaftlicher Studien. Für sie wurden seit 1954 mehr als eine Million zur Verfügung gestellt. Und für die dritte Aufgabe, für die Betreuung invalider Bergarbeiter, wurden rund 1,5 Millionen DM abgezweigt.

Die Tätigkeit der Stiftung Mitbestimmung, die für die Stipendiaten u. a. auch noch Seminare, darunter Auslandsseminare, durchführt, wird vorwiegend ehrenamtlich verrichtet. Anders wäre auch der hohe Effekt des Spendenaufkommens nicht möglich gewesen. Zur Zeit gewährt die Stiftung den Stipendiaten einen monatlichen Zuschuß von 290 DM für Ledige und 400 DM für Verheiratete, dazu das entsprechende Büchergeld. Leider reichen die Mittel nicht aus, um allen Bewerbern gerecht zu werden. So konnten

beispielsweise von den 330 Bewerbern des letzten Jahres nur 169 Berücksichtigung finden.

Von den 682 von der Stiftung Mitbestimmung Unterstützten — die übrigen von den Einzelgewerkschaften des DGB vorgeschlagen werden — studierten 439 an Hochschulen, 148 an Fachschulen, 64 an Akademien für Wirtschaft und Politik, und 31 befanden sich im Ausbildungsgang des zweiten Bildungsweges. Nach Feststellungen der Stiftung verbleiben etwa ein Viertel der Stipendiaten nach Abschluß ihrer Ausbildung innerhalb gewerkschaftlicher Tätigkeit bzw. im gewerkschaftsnahen Bereich. 75 Prozent der Ausgebildeten aber — unter ihnen Volks- und Betriebswirte, Mediziner, Physiker, Chemiker, Ingenieure usw. — stehen der Wirtschaft zur Verfügung. Sie wählen ihren Weg nach eigener freier Entscheidung, ohne Auflagen der Stiftung Mitbestimmung. Die sachliche Prüfung und Würdigung dieser Tatbestände könnte der billigen Polemik vom „Machtrausch“ und den „Pfründen“, die im Zusammenhang mit den Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften bei den Unternehmern und einem Großteil unserer Presse üblich ist, ein Ende bereiten. Doch das darf bei den Gegnern der Mitbestimmung wohl kaum erwartet werden.

DGB zur Preisentwicklung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat erneut eine Stellungnahme zur Preisentwicklung abgegeben, die an die Bundesregierung, die Länderregierungen, an alle Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie an Institutionen und politische Persönlichkeiten gerichtet ist. In ihr heißt es: „Es liegt in erster Linie in der Hand der Bundesregierung, ob die Preise weiter steigen, ob unsere Einkommen und Ersparnisse weiterhin von der Preislawine überrollt werden, ob die Lebenshaltung des größten Teiles unseres Volkes weiter beeinträchtigt wird, ob ernste Gefahren für unsere Wirtschaft heraufbeschworen werden.

Die Bundesregierung sollte die Tatsachen und die Gefahren, auf die die Gewerkschaften hinweisen, ernst nehmen. Sie sollte endlich die Maßnahmen ergreifen, die die Gewerkschaften vorschlagen...“

Die Stellungnahme des DGB enthält 10 Forderungen: Sie lauten u. a.:

„Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung muß endlich in wirksamer Weise koordiniert werden. Der Bundeskanzler, der nach dem Grundgesetz die Richtlinien der Politik bestimmt, muß preistreibende Alleingänge einzelner Bundesminister unterbinden. Die Bundesregierung muß endlich ge-

samtwirtschaftlichen Erfordernissen den Vorrang vor den Interessen einzelner Gruppen geben. Es dürfen keine neuen willkürlichen Preiserhöhungen durch politische Entscheidungen herbeigeführt werden.

Die Preiserhöhungspolitik des Landwirtschaftsministeriums muß sofort beendet werden. Alle Möglichkeiten zu Preissenkungen für Ernährungsgüter müssen unverzüglich genutzt und alle vertretbaren Möglichkeiten ausgenutzt werden, um billigere Waren aus dem Ausland einzuführen.

Die mieten erhöhende Weiterführung der Lücke-Gesetzgebung ist sofort zu stoppen. Das Ausmaß der noch bestehenden Wohnungsnot muß durch eine genaue Feststellung des tatsächlichen Wohnungsbedarfs in den einzelnen Stadt- und Landkreisen ermittelt werden.

Es müssen beschleunigt wirksame Maßnahmen zur Förderung des Wettbewerbs ergriffen werden. Hierzu gehört vordringlich die sofortige Beseitigung der Preisbindung der zweiten Hand.

Die Bundesregierung muß eine stabilitätsfördernde Finanzpolitik betreiben. Dazu gehören insbesondere: die eindeutige Einstufung aller Ausgaben nach dem Grad ihrer Dringlichkeit, die Stillelegung von Mehreinnahmen, die sich aus der inflationistischen Entwicklung ergeben, das Unterlassen von Mehrausgaben gegenüber den im Bundeshaushalt festgelegten Soll-Positionen.

Die auch in Zukunft drohenden Deckungslücken im Bundeshaushalt von jährlich mehreren Milliarden DM dürfen keinesfalls durch neue Steuererhöhungen gestopft werden. Diese würden mit Sicherheit auf die Preise abgewälzt werden. Die durch die „heimlichen Steuererhöhungen“ ohnehin benachteiligten Arbeitnehmer würden dadurch doppelt betroffen.“

So richtig die Forderungen des DGB-Bundesvorstandes auch sind: unverständlich bleibt die „Enthaltsamkeit“ gegenüber den Rüstungskosten, die zweifellos eine Hauptschuld an dem katastrophalen Währungsverfall tragen. Es wäre gewiß eine Aufgabe des DGB gewesen, auf die Zusammenhänge zwischen Rüstungslasten und Kaufkraftverfall hinzuweisen, zumal die Gewerkschaften in zahlreichen Entschließungen und Resolutionen den Abbau der Rüstungslasten gefordert haben.

Zu unterstreichen ist auf jeden Fall die Feststellung des DGB, daß es in erster Linie in der Hand der Bundesregierung liege, ob die Preise weiter steigen und die Einkommen von der Preislawine überrollt werden oder ob dem Kaufkraftverfall Einhalt geboten wird.

US-Kapital im Vormarsch

1150 amerikanische Firmen in Westdeutschland

Vorliebe für Wachstums- und Rüstungsindustrie

Die „Amis“ fühlen sich in der Bundesrepublik wie zu Hause. Mit den US-Streitkräften sind nicht nur rund 250 000 Mann hier stationiert, außerdem leben auch noch 20 000 zivile Amerikaner bei uns, die sich als Beauftragte der amerikanischen Konzerne angesiedelt haben.

Ihre Aufgabe wird deutlich mit den Bemerkungen der amerikanischen Zeitschrift *The Nation*, Washington, vom 25. 4. 1966:

„Die amerikanische Regierung tut, was sie immer getan hat: Sie folgt dem Dollar oder lockt ihn an ... Das Vorhandensein eines großen und zunehmenden wirtschaftlichen Überschusses macht es absolut notwendig, daß die Welt freigehalten wird — für amerikanische Investitionen.“ Der amerikanische Botschafter McGhee bezifferte kürzlich den Buchwert (!) der amerikanischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik auf 10,8 Milliarden DM. Franz Ullrich, vom Vorstand der Deutschen Bank, rechnet dagegen mit ausländischen Vermögensanlagen in Höhe von 60 Milliarden DM, von denen „der Löwenanteil auf amerikanische Investitionen entfällt.“ (*Industriekurier*, 26. 4. 1966.)

Beide Schätzungen sagen wenig über den tatsächlichen Umfang aus, mit der das US-Kapital die westdeutsche Wirtschaft kontrolliert. Gegenwärtig sind in Westdeutschland 1150 amerikanische Firmen ansässig. 1956 waren es nur 160 und 1957 erst 350. Die eigentliche Dollar-Invasion setzte gegen Ende der fünfziger Jahre ein, zu einem Zeitpunkt, als die Restauration und Neumformierung der monopolkapitalistischen Machtverhältnisse abgeschlossen waren, das dritte Adenauer-Kabinett als Stabilisierung des restaurativen politischen Herrschaftssystems aufgefaßt wurde, die großen Rüstungsprogramme anliefen und schließlich die Gründung der EWG einen Markt mit amerikanischen Größenordnungen erhoffen ließ.

Von den tausend umsatzstärksten Gesellschaften der Vereinigten Staaten hatten sich 1964 schon 700 jenseits des Atlantiks etabliert. Eine Reihe rein amerikanischer Unternehmen — unter ihnen die Esso AG, Hamburg (800 Millionen DM Kapital); Adam Opel AG, Rüsselsheim (750); IBM Deutschland Internationale Büromaschinen GmbH, Sindelfingen (230); Mobil Oil AG in Deutschland, Hamburg (200); Ford-Werke AG, Köln (120); Standard Elektrik Lorenz AG, Stuttgart (115); John Deere-Lanz AG, Mannheim (110) und Titangesellschaft mbH, Leverkusen (100) — gehören zur Spitzengruppe der westdeutschen Großindustrie. In vielen anderen Konzernen, wie u. a.

AEG, DEA, Aral, Osram, besteht ein maßgeblicher amerikanischer Kapitaleinfluß.

Die Amerikaner hegen also eine besondere Vorliebe für marktbeherrschende Großunternehmen, ohne jedoch an der mittleren Industrie — eine Umfrage ergab, daß sich jeder zehnte selbständige Unternehmer mit Verkaufsabsichten trägt — vorbeizugehen. Der Hamburger Industriemakler Angermann erklärt: „Ich habe einen Auftragsstapel in Höhe von einer Milliarde Mark. Das ist etwa die Summe, die meine Klienten zahlen wollen, wenn ich ihnen die gewünschten Betriebe in der Bundesrepublik verschaffe.“

Schließlich richtet sich das amerikanische Interesse vornehmlich auf die sogenannten Wachstumsindustrien, d. h. also auf die Zweige, von denen gegenwärtig die entscheidenden Impulse für den technischen Fortschritt in der gesamten Wirtschaft ausgehen, deren Anteil an der industriellen Gesamtproduktion rasch wächst und die z. T. auch zu den hauptsächlichsten Trägern der Rüstungsprogramme gehören. Schon am 14. 10. 1959 berichtete die *New York Times* über Pläne amerikanischer Rüstungsindustrieller, „die deutschen Herstellern von Rüstungsmaterial in dem Zeitraum 1959 bis 1965 angeblich eine ‚Kapitalinjektion von über 4 Milliarden DM‘ zukommen lassen wollen ... Schon diese Industrie wird also dafür sorgen, daß die amerikanischen Anlagen in Westdeutschland weiter steigen.“

Die US-Monopole halten heute wirtschaftliche Schlüsselpositionen besetzt, u. a. in der Mineralölindustrie („Nicht ganz ohne Grund klagen die deutschen Ölmanager, daß das Wort des amerikanischen Botschafters in Bonn in Sachen Energiepolitik schwerer wiegt als ihr eigenes“ *Die Zeit*, 24. 9. 1965), in der Kraftfahrzeug-, Flugzeug- und Reifenindustrie, in der Elektrotechnik und Feinmechanik-Optik, in einigen Maschinenbau-Branchen wie Landmaschinen und Büromaschinen einschließlich der Datenverarbeitung sowie in den modernsten Bereichen der Chemie. Die „zweite amerikanische Invasion“ und der „Ausverkauf der deutschen Wirtschaft“ gehen weiter — unterstützt vom offiziellen Bonn, das nach dem Grundsatz handelt: „Wenn sich die Amerikaner erst einmal auf dieser Seite des Eisernen Vorhangs

richtig engagiert haben, werden sie uns nicht mehr so leicht fallenlassen können“ (*Frankfurter Allgemeine* (25. 2. 1965).

Das ökonomische Engagement der Amerikaner soll also deren politisches Engagement stabilisieren und verstärken. Von den USA-Konzernen, denen in der Bundesrepublik „Heimatrecht“ eingeräumt wurde, wird erwartet, daß sie ihren Einfluß in Washington im Sinne der politischen Forderungen Bonns geltend machen. Nicht zuletzt sollte von allen Gewerkschaften beachtet werden, daß die „Amerikanisierung“ unserer Wirtschaft die Verwirklichung der Mitbestimmung und anderer Reformen, wie sie im Grundsatzprogramm des DGB enthalten sind, erschwert. Sie macht aber auch deutlich, wie notwendig es ist, daß die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften über die Grenzen hinaus ihre solidarische Zusammenarbeit verstärken.

Dr. Tu.

Arbeiterkonferenz beendet

An der Mitte Juli stattgefundenen Arbeiterkonferenz der Ostseeländer haben 582 Gewerkschafter teilgenommen; darunter befanden sich Mitglieder von Gewerkschaften, die dem Weltgewerkschaftsbund angehören wie auch dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften.

Im Mittelpunkt der Reden und Aussprachen standen die Bemühungen um den Ausbau der Beziehungen zwischen

„Entwicklungstendenzen des Spätkapitalismus“

88 Seiten stark, 3,— DM; zu beziehen durch Heinz Seeger

799 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9.

den Arbeiterorganisationen in den sozialistischen wie auch kapitalistischen Ländern und der Sicherung des Friedens. Den Teilnehmern war klar, daß nur das gemeinsame Handeln der Arbeiterschaft Entspannung geben und die friedliche Koexistenz tragfähig machen könne. Im Anschluß an eine große Solidaritätskundgebung für die südvietnamesische Freiheitsbewegung spendeten die Gewerkschafter u. a. mehr als 3000 dänische Kronen, über 400 Schwedenkronen, 500 Rubel, 3000 isländische Kronen und 1900 MDN, die den Vertretern der Nordvietnamesischen Republik und der Befreiungsfront überreicht wurden.

Wohlstand durch Überstunden

Aus sehr durchsichtigen Gründen wird in der Bundesrepublik von bestimmten Kreisen wieder einmal die Steuerfreiheit für Überstunden gefordert. In der DGB-Funktionärschrift die „Quelle“ hat sich Horst Halbig mit diesem Problem beschäftigt. Er stellt die Frage: „Wohlstand durch Überstunden?“ und schreibt:



„Es geht um die ganz simple aber beklemmende Tatsache, daß die Zahl der Frühinvaliden immer noch in erschreckender Weise steigt. Am 1. Januar 1966 waren es rund 1400.000 Arbeitnehmer, die infolge vorzeitiger Berufs-

oder Erwerbsunfähigkeit Rente bezogen. Mit einem jährlichen Zuwachs von 300.000 Frühinvaliden in der Bundesrepublik wird gerechnet. Der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz hat jetzt bekanntgegeben, daß von 72.678 Renten, die 1965 versicherten Arbeitern im Bereich dieser LVA zuerkannt wurden, 33.746 – das sind mehr als 46 Prozent – an Frührentner gingen; an Arbeiter also, die vor Vollendung des 65. Lebensjahres aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden. – Nach dem gegenwärtigen Stand erreichen von 10 Menschen, die im Erwerbsleben stehen, nur vier die Altersgrenze. – Mit diesen erschreckenden Zahlen haben wir uns zu beschäftigen, wenn das Problem der Steuerfreiheit für Überstunden diskutiert wird. Leider weist unsere Statistik nicht aus, in welchem Umfang Überstunden die Ursache für diesen vorzeitigen Verschleiß von Arbeitskraft und Gesundheit gewesen sind. Daß sie jedoch wesentlich dazu beitragen, wird niemand bezweifeln, der mit den Tatsachen vertraut ist. Leider ist es auch eine Tatsache, daß der Wohlstand der deutschen Arbeitnehmer, soweit man davon überhaupt reden kann, ein Überstundenzustand ist. Bei einem durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn in der Industrie von 4,63 DM für die Männer und 3,18 DM für die Frauen, kann sich jeder ausrechnen, wieviel ein Arbeiter bei einer normalen Arbeitszeit in der Woche verdienen kann. – Die Tarifpolitik der Gewerkschaften ist darauf gerichtet, daß der Arbeitnehmer auch bei einer normalen Arbeitszeit von 40 bis 42 Stunden in der Woche ein ausreichendes Einkommen erzielen kann. Es muß ihm möglich sein, an dem materiellen Zuwachs unserer Gesellschaft teilzuhaben; er soll weder auf eine Urlaubsreise noch auf eine menschenwürdige Wohnung verzichten müssen. – Die Gewerkschaften wollen die Arbeitszeit effektiv und nicht nur auf dem Papier verkürzen. Das liegt im Interesse der schaffenden Menschen. Sie sollen mit ihrer Gesundheit und Arbeitskraft nicht Raubbau treiben.“

Otto Brenner zur Stahlkonzentration

Zu dem Vorhaben der Stahlunternehmen, die Gesellschaften der Stahlindustrie in vier Walzstahlkontrollen zusammenzuschließen, schreibt der Vorsitzende der IG Metall, Brenner, u. a. folgendes:



Eine stärkere gesamtwirtschaftliche Orientierung der Unternehmenspolitik wird von den Gewerkschaften schon seit langem gefordert. Die Walzstahlkontrollen sind ein Meißel dazu. Eine solche private Wirtschaftslösung –

darin haben die Gewerkschaften nie einen Zweifel gelassen – kann jedoch von uns nur akzeptiert werden, wenn die Vertreter der Arbeitnehmer in diesen mit großer Macht ausgerüsteten Einrichtungen mitbestimmen können. Man muß sich sogar fragen, ob hier nicht eine öffentliche Kontrolle erforderlich wäre.

Die von den Kontoren nach der jetzigen vertraglichen Konstruktion ausgehenden Entscheidungen würden die Arbeitnehmervertreter in den mitbestimmten Organen der Unternehmen täuschend und rechtlich weitgehend binden und damit die Mitbestimmung aushehlen. Gerade das würde sich in der gegenwärtigen Situation zum Nachteil der Arbeitnehmer auswirken, denn Stilllegungskaktionen werden nach Errichtung der Walzstahlkontrollen verstärkt weitergehen.

Unsere Aufgabe muß es sein, diese wirtschaftlichen Umstellungen planvoll zu gestalten und soziale Härten für die Belegschaften richtig abzuwehren. Denn dienen die Gespräche, die Vertreter der IG Metall und des DGB seit einiger Zeit mit Vertretern der Eisen- und Stahlindustrie führen.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ist nicht gut beraten, wenn sie ausgerechnet in dieser Situation einen Frontalangriff auf die Mitbestimmungsmittel startet.

Die heiligen Kühe

Unter der Überschrift „Die heiligen Kühe bleiben am Leben“ befleißt sich die Monatszeitschrift für die Funktionäre der IG Metall „Der Gewerkschafter“ mit dem SPD-Parteitag. In dem kritischen Kommentar heißt es u. a.:



Die „heiligen Kühe“ der Deutschlandpolitik wurden auf dem SPD-Parteitag in der Dortmunder Westfalenhalle nicht geschlachtet. Man hat sie nur fein säublich auf ihrer Weide eingezäunt, wo sie ruhig weitergrasen dürfen, während mit kleinen und vorsichtigen Schritten versucht werden soll, den Abgrund zu überwinden, der die Bundesrepublik von ihren westlichen Nachbarn und Deutschland-West von Deutschland-Ost trennt.

Es gibt drei vielzitierte Grundsätze der Deutschlandpolitik: die Verantwortung der vier Mächte – USA, England, Frankreich und Sowjetunion – für die Wiedervereinigung, den Alleinvertragsanspruch der Bundesrepublik für ganz Deutschland und die Nichtanerkennung der DDR. Diese Grundsätze sollen zwar im Kern weiterhin stimmen, aber nicht mehr „wirklichkeitsfremd ausgelegt“ werden!

Auch bezüglich der Gebiete östlich der Oder-Neiße behalten die bisherigen „abgewogenen“ Erklärungen ihren guten Sinn. – Aber „keiner tut gut daran, mehr zu versprechen, als er geben kann!“

Nicht irgendeine wilde Frande, sondern Männer wie Heinrich Ritzel, 50 Jahre Gewerkschaftskollege, 53 Jahre SPD-Genosse, 16 Jahre Bundes-tagabgeordneter und einer der gefürchtetsten Hausknechte, haben manche in ihrer Gängigkeit an die Notstandsgesetze erschüttert. Auch wenn sie hinterher nicht für die Entscheidung stimmten, die ihre Ablehnung forderte.

Heinrich Ritzel sagte, daß die Kreise, die in der Bundesverwaltung diese Notstandsgesetze fabrizieren, noch nicht jene Sicherheitsgarantien geben, um Vertrauen zu wecken. Und er fuhr fort: „Georg Leber hat Vertrauen.“

Das Godesberger Programm, zu dem sich Willy Brandt erneut bekannte und als dessen Generalthema er „die Überwindung des Feudalismus im wirtschaftlichen Bereich“ bezeichnete, wurde offenbar vergessen, als es um die Sicherung der qualifizierten Mitbestimmung bei Eisen und Stahl und ihre Ausdehnung auf weitere Bereiche der Wirtschaft ging. Wie aber will man den Feudalismus im wirtschaftlichen Bereich überwinden, wenn man der gewerkschaftlichen Forderung noch mehr Mitbestimmung die Zustimmung versagt?

Probleme der Deutschlandpolitik und des Neonazismus

In der Nummer 15 beschäftigt sich die Gewerkschaftszeitung „druck und papier“ mit den Problemen der Deutschlandpolitik und schreibt u. a.:



Das Wahlergebnis an Rhein und Ruhr wird die Bundesregierung zu einiger Konsequenz zwingen. Ganz sicher wird es in der Wirtschaftspolitik nicht so weitergehen können wie bisher.

Schließlich hat das Votum der Wähler das größte Bundesland auch mit der Misere des Bergbaus und mit der allgemeinen inflationären Entwicklung Unbehebbares dagegen ist die Einwirkung der Deutschlandpolitik Banns auf das Wahlergebnis. Hier wird man auf Vermutungen und Spekulationen angewiesen bleiben. Läßt sich wenigstens ein Teil des Aufschwungs, den die SPD nahm, auf ihre Deutschland-Initiativen der letzten Zeit zurückführen? Auf ihre Bereitschaft, mit den Kommunisten zu diskutieren und der Erkenntnis Rechnung zu tragen, daß es ohne die deutschen Kommunisten „druck und papier“ keine Wiedervereinigung geben wird? Gab der nordrhein-westfälische Wähler auch sein Urteil über die starke Haltung Banns zu den jüngsten Passierscheinverhandlungen?

Wir in der Bundesrepublik befinden uns jedoch in einer gefährlichen Selbsttäuschung, wenn wir glauben, die Bevölkerung in der DDR billige einseitig unsere gesamtdeutsche „Anmaßung“. Es ist ganz unverkennbar, daß sich immer weitere Bevölkerungskreise drüben mit ihrem eigenen Staat identifizieren, an dem sie zwar leiden müssen, der ihnen jedoch den Brot und Wohnung gibt und auf dessen wirtschaftliche Leistungen sie stolz sind, weil es ihre eigenen Leistungen sind.

Deutlich geworden ist: Es wird keine deutsche Wiedervereinigung auf friedlichem Wege geben, bei der einer der beiden Teilstaaten durch den anderen annektiert werden könnte. Die Einsicht haben wir. Doch nach zögern wir, daraus die politischen und die rechtlichen Konsequenzen zu ziehen. Der gescheiterte Rodneraustausch hat es klargemacht.

In der gleichen Nummer beschäftigt sich ein Kommentar mit der neonazistischen NPD. Es heißt dort:

„Man lasse sich nicht täuschen, wenn die Anhänger der NPD beteuern, sie hätten nichts mit dem Nazismus zu tun. Natürlich hören wir nicht die allen Parolen – aber der alte Geist wird nicht neue Verhältnisse übertragen. Man spricht nicht mehr von der Herrenrasse – aber man sät Haß gegen die Gastarbeiter; man will keine Kolonien – aber man ist gegen Entwicklungshilfe; man bekämpft sich nicht zum Antisemitismus – aber man ist gegen Wiedergutmachung. Man ist gegen Intellektuelle, Emigranten, amerikanischen Lebensstil, Gewerkschaften, moderne Kunst ... kurz: Man bedient sich aller auffindbaren Ressentiments, um mit ihnen Politik zu machen. Hieran liegt die Parallele zwischen NPD und NSDAP. Man appelliert an Gefühle, statt an den Verstand, darum sind politische Urteile der Einsicht und kritischer Prüfung entzogen.“

Wenn unser Volk seiner von der NPD so oft beschworenen „nationalen Würde“ eines schuldig ist, dann ist es dies: den Verführern nicht ein zweites Mal Gehör zu schenken.“

Nicht weit entfernt von Klassenjustiz

Die Holzarbeiter-Zeitung vom Juli beschäftigt sich nach einmal mit dem Streik der Holzarbeiter an der Saar, der durch die einseitigen Verfügungen der Arbeitgeberliche Neunkirchen und St. Pauli abgebrochen worden ist. Bei diesem Streik ging es bekanntlich u. a. auch um eine Versorgungskasse für Gewerkschaftsmitglieder. Die Zeitung schrieb dazu:



Andert sich diese Meinung nicht, dann werden die Folgen für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik böse sein. Sie werden dann gar nicht mehr nur für ihre Mitglieder Verträge abschließen, sondern allgemeine verbindliche Abmachungen treffen. Sie kommen damit schon in die Nähe jener Organisationen, die in Diktatorstaaten die Rolle des Büttels übernommen haben. Dieser Tatbestand wird aber offiziell nicht zur Kenntnis genommen, wahrscheinlich weil man ihn nicht sehen will. Es ist doch ein Unding, daß in zwischen die negative Koalitionsfreiheit ein höheres Rechtsgut geworden ist als die Grundrechte, die in unserer Verfassung verankert sind. Diese Entwicklung ist ein Ausdruck der antigewerkschaftlichen Haltung in der Bundesrepublik und nicht weit entfernt von einer Klassenjustiz, die eindeutig gegen die Gewerkschaften gerichtet ist. Sie entspricht genau den Vorstellungen der farmierten Gesellschaft, die Arbeitnehmer in ständiger Abhängigkeit zu halten ...“

„Ein Arbeitskampf ist schließlich nicht etwas, was man nach Belieben hervorholt und wieder verschwinden läßt, sondern ein elementares Grundrecht, das in unserer Verfassung verankert ist. Deshalb erscheint es uns auch recht problematisch, wenn ein einzelner Richter mit einer solchen Machtfülle ausgestattet ist, daß er in ein solches Grundrecht eingreifen kann. Und das nach unter Umständen, die keineswegs geeignet sind, das Vertrauen in die Justiz zu stärken.“

Man muß sich einmal vorstellen, zu welchen Weiterungen es auf anderen Gebieten führen kann, wenn ein einziger Mann, der nur eine Seite gehört hat, wesentliche Rechte, die durch die Verfassung geschützt sind, einschränken kann. Ganz abgesehen davon, daß er allem Anschein nach überfordert ist, die politische Tragweite seines Eingreifens zu erkennen ...“

■ 4.—9. September

Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund

■ 11.—16. September

Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten in Bremen

■ 13.—16. September

Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Karlsruhe

DGB gegen Rechtsradikalismus

In Bayern tut sich etwas: Die NPD, eine im Zweifelt den versteckten Rechtsradikalismus stehende junge Partei, tritt zur Offensive gegen die 10-Prozent-Hürde an, die sie im Herbst zumindest in ihren fränkischen Hochburgen anlässlich der Landtagswahl überspringen will. Allein im Raum Aschaffenburg sind einhundert Kundgebungen geplant. In den Städten Bayreuth, Ansbach, Schweinfurt, Coburg wird es ähnlich hoch hergehen.

Während die Parteien noch zögern, den „Anfängen zu wehren“, hat die IG Metall in Bayern die Initiative ergriffen: In München fand eine Funktionärstagung zum Thema „Rechtsradikalismus“ statt. Es wurde umfangreiches Arbeitsmaterial vorgelegt, das — so darf man nur hoffen — demnächst als Broschüre verbreitet werden soll. Aus dem Inhalt sei nur kurz die Arbeit der Presse herausgegriffen:

So wurde der „Reichsruf“ als Presseorgan der ehemaligen Deutschen Reichspartei, in „Deutsche Nachrichten“ umbenannt und als Organ der NPD im Zeitungshandel angeboten. Gleichzeitig wurde die „Deutsche Wochenzeitung“ zum Kopfblatt der „Deutschen Nachrichten“. Beide Zeitungen erscheinen in Hannover und sollen anlässlich des bayrischen Wahlkampfes in verstärkter Auflage herauskommen. Weiter werden geschickt Vorurteile ausgenützt, um den „Feind vom Dienst“, ohne den kein Radikalismus auskommt, zu finden. Flugblätter mit der Überschrift „Heute Kollegen — morgen Lohndrücker“, „Die Gastarbeiter sind unter uns“ sagen genug, und in den Referaten wird die Hetze gegen die ausländischen Arbeitskräfte immer wieder geschürt.

Der DGB-Landschaftsvorstand hat in seiner letzten Vorstandssitzung beschlossen, in den nächsten Monaten drei kontinuierlich aufbauende Veranstaltungsreihen durchzuführen. Dabei steht die Absicht im Vordergrund, durch systematische Konfrontation mit

Seit zehn Jahren KP-Verbot

Am 17. August 1956 hat das Bundesverfassungsgericht nach mehr als 50 Verhandlungstagen das Verbotsurteil für die Kommunistische Partei in der Bundesrepublik verkündet. Seit der Zeit hat es nicht an Stimmen namhafter Politiker und Rechtswissenschaftler gefehlt, die dieses Verbot kritisiert haben und für rechtlich sowie politisch falsch hielten. Die verfassungsrechtliche Grundlage für den Verbotsantrag war der Artikel 21 des Grundgesetzes, der Parteien für verfassungswidrig erklärt, die „davon ausgehen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden“. Nun wird im Ernst niemand behaupten, daß die KPD, die unter dem in der Bundesrepublik herrschenden antikommunistischen Dogma immer mehr an politischem und organisatorischem Einfluß verloren hatte, in der Lage gewesen sei, den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden, ganz abgesehen davon, daß sie sich, wie die anderen Parteien, zur Einhaltung demokratischer Grundsätze verpflichtet hat. Der wahre Grund des KPD-Verbotes aber war wohl auch weniger, die Kommunistische Partei aus dem politischen Leben der Bundesrepublik auszuschließen — was zweifellos gar nicht gelungen ist —, sondern formalrechtliche Möglichkeiten zu haben, alles, was sich links von der Sozialdemokratischen Partei bewegt, in das Getriebe der politischen Justiz zu zeren.

In den zehn Jahren, die nach dem Verbot der Kommunistischen Partei vergangen sind, hat sich das Bild der nationalen und internationalen Politik verändert. Es wäre darum an der Zeit, Überlegungen anzustellen, das Verbot aufzuheben und den Kommunisten in

den geistigen Ursachen, den Formen und Ansätzen dieser rechtsradikalen Strömungen die Kollegen zu immunisieren. Es ist wohl allgemein versäumt worden — insbesondere in den Schulen —, die Demokratie zu üben, Interesse für Politik wachzurufen und Geschichte nach rückwärts zu lehren, nicht umgekehrt. Deshalb finden sich heute erneut Unbedarfte, Unzufriedene, Vorurteilsbeladene und Allzuwillige dort, wo ihnen nach dem Mund geredet wird.

Wenn man nach Vorgängen an der Universität Gießen in einer Sendung des 1. Deutschen Fernsehens zu der Feststellung gelangt, daß schätzungsweise 20 Prozent der Studenten rechtsradikal bzw. rechts orientiert sind, dann ist eigentlich schon wieder viel zu lange gewartet worden. Das bayrische Beispiel sollte Schule machen, und auch die übrigen Erwachsenenbildungseinrichtungen, vor allem die Volkshochschulen, sollten sich daran erinnern, daß alles schon einmal da war!

E. B.

der Bundesrepublik eine offene politische Tätigkeit zu ermöglichen. Das ist um so notwendiger, als das Drängen der Deutschen in Ost und West nach Versäglichung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten als einen Schritt zur Wiedervereinigung ohne die Wiederherstellung der politischen Rechte der Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik zumindest wesentlich erschwert wird.

Es liegt auch durchaus im Interesse der Gewerkschaften, die Legalität der Kommunistischen Partei zu fordern — einmal, weil das Verbotsurteil vom 17. August 1956 den demokratischen Grundsätzen unserer politischen Ordnung widerspricht, und weil zum anderen die ehemaligen Mitglieder der Kommunistischen Partei sich in den Gewerkschaften durchaus als tüchtige und loyale Mitglieder und Funktionäre bewährt haben. Ihre Mitarbeit in einer demokratischen Organisation, wie es die Gewerkschaften sind, ist auch ein Beweis dafür, daß die Kommunisten in der Bundesrepublik nicht „darauf ausgehen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen“. Es ist mehr als ein Gebot politischer Klugheit, die Legalität der Kommunistischen Partei wiederherzustellen, sondern gleichzeitig auch ein Kriterium dafür, wie weit die Demokratie in der Bundesrepublik ernst genommen wird.

Zu guter Letzt:

Wir sollen den Amerikanern ihren Rüstungsschrott abkaufen . . . „Die Amerikaner pressen uns das letzte Geld aus der Bundeskasse, in einem Augenblick, in dem sie ohnehin fast leer ist; und mit dem Geld kaufen die Amerikaner dann gute deutsche Unternehmen, um endlich die deutsche Wirtschaft in die Finger zu bekommen.“

So formuliert eine große deutsche Tageszeitung die Meinung der Bundesbürger in bezug auf den sogenannten Devisenausgleich. Die Zeitung hat damit die Stimmung der Bevölkerung gut getroffen, auch wenn sie selbst anderer Auffassung ist.

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat
Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen,
Erlangweg 3/2
Telefon 3638 Postcheckkonto Stuttgart 960 19
Redaktionsleiter Mitarbeiter:
Gerd Siebent, Hamburg
Für den Inhalt der Briefe
kann keine Verantwortung übernommen werden
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt
besteht kein Ersatzanspruch
Druck: Max Kristeller, 2 Hamburg 50,
Winterstraße 9/11
Einselpreis 0,75 DM; Halbjahresabonnement
4,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet